

Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 18 Mark. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig
Zeiger Straße 30 IV, Volkshaus, Ausgang B oder C
Fernruf 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 10 Mark. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 51

Sonnabend, den 23. Dezember 1922

26. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Gesperri:

In Dramburg, Betrieb Nerius. In Halle a. S. Firma a Drassard. In Heinersdorf bei Bad Lausitz (Sa.) Grabmalgeschäft Peufert. In Mülheim (Ruhr) Betrieb von Karl Waband.

Streit:

In Steinach (Schiefertweck A. Kleinert & Sohn). In Seuzen (Marmorbetrieb in der Grafhama).

Zuzug ist fernzubalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streit von Stettin und Greifenhagen (Kommern). Von Liegnitz (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Vorn). Von sämtlichen Betrieben in der Bahnhofsstation Jannowitz. Von Bries und Ohlau (Bezirk Breslau). Von Paderborn (Gebr. Spaltheim). Von Duisburg (Marmorarbeiter). Von Osterwald (Betriebe Meine & Illmann und Gebr. Schröder).

Um die Weihnachtszeit.

Sie sagen, die Liebe ginge jetzt um ...
Und ist doch gar nicht wahr!
Die Welt ist tot, die Welt ist stumm
Und aller Liebe barm!

Es saugt der Sturm. Es hat geschneit.
Wie kelen die floken dicht!
Aus jedem fenster schaut das Leid
Mit weinendem Gesicht.

War's je so dunkel, wie es jetzt
In diesen Tagen bloß?
Was sind die Menschen abgehetzt!
Wie ist ihr Elend groß!

Das letzte Lachen wurde stumm
Und grau ward manches haar ...
Sie sagen, die liebe ginge um ...
Und ist doch gar nicht wahr!

—n.

Weihnachtsbetrachtungen.

(Chr. Schm.) In einer sehr stürmisch bewegten Zeit feiert die Menschheit gewollt und ungewollt das diesjährige Weihnachtsfest. In denen das — Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen — erneut verkündet und in die Herzen eingeklämmert wird. Auch wir als Gewerkschafter haben in dieser sehr harten Zeit alle Veranlassung, Betrachtungen darüber aufzustellen, welche Lehren sich für uns aus diesem Feste ergeben. Wir wissen, daß unsere Lehre mit dem Dogma der Religion nicht immer in Einklang zu bringen ist. Als gewöhnlich Sterbliche können wir nicht verstehen, daß sich die Kirche trotz der Lehren aus dem Weltkrieg bis heute noch nicht dazu aufschwingen konnte, einen kräftigen Trennungsstrich zwischen sich und den Kanonen zu ziehen. Es widerspricht unserer Nächstenliebe, daß heute noch Menschen unter stiller Beteiligung der Kirche drangalieren, gepölnet und in Fesseln zerissen werden. Ein jeder Menschenfreund, der auch nur noch einen Funken von Nächstenliebe im Leibe hat, wird mit Abscheu auf die Jahre 1914—1918 zurückblicken. Unter dem Schutz des christlichen Gesepeters feiert heute mehr denn je der Kapitalismus seine Triumphe. Kirche, Kanone und Kapital stellen die moderne Dreieinigkeit dar, unter deren Herrschaft auch das diesjährige Weihnachtsfest an unsern Augen vorüberzieht.

Unter dem Glanze des Tannenbaumes gibt es auch in diesem Jahre reiche Freude an allen, was das Menschenherz begehrt — bei den Reichen. Trotz phantastischer Lohnsummen begegnet uns Elend, Krankheit, Hunger und Mangel an Kleidung und Wäsche — bei den Armen. Klein, sehr klein wird der Kreis derjenigen unserer Kollegen sein, die ihren Kleinen auch nur die allerbesten Weihnachtsgeschenke bereiten können. Sehr viele Kinderherzen werden das so sehnsüchtig erwartete Weihnachtsfest still und unbekannt und ohne jeden Lichterglanz verbringen müssen. Viele unserer Frauen und Kinder finden ihres Ernährers beraubt. Gerade für diese bringt das Fest der Liebe und gegenseitiger Besenkung recht harte und bittere Stunden. Im Hinblick der Kleinen werden Erinnerungen an das einstige Eheglück nachgerufen und still und ungewollt rollen am Tage des Weihnachtsfestes so manche Tränen über die schmal gewordenen Wangen. Das treuergebende Vaterherz schlägt nicht mehr und ruht längst in fremder Erde. Das Herz blüht der Mutter, wenn die Kinder ihre Erinnerungen an den lieben Vater gerade am Tage des Weihnachtsfestes zum Ausdruck bringen. Um Vinderung ihres Schmerzes zu finden, humpelt das hochbetagte und gekrümmte Mütterlein in alter Gewohnheit zur Kirche. Auch ihre einstige Hoffnung, einzige Stütze hat man — geraubt. Gari ist das Los, unzählig der Jammer, trostlos das Elend, welches gerade am Tage des Weihnachtsfestes in so überreichem Maße zum Ausdruck kommt. — Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen! — Unbarmherzig pocht der rücksichtslose Winter mit all seinen Begleitererscheinungen an alle Türen. Wehe jenen, die nicht in der Lage sind, diesen kalten Bruder durch genügende Nahrung, Kleidung und Heizung zu trosten.

Die Vertreter der christlichen Kirche halten diese „von Gott gewollte Einrichtung“ ganz in Ordnung. Kein Versuch wird von jener Seite unternommen, um gerade die am Weihnachtsfest so trach zum Ausdruck kommenden Klassenunterschiede zu mildern. Im Gegenteil. Uns ist allen noch in lebhafter Erinnerung, wie der Regensburger Bischof von Henle in der bayerischen Reichsratskammer erklärte: Wer Knecht ist, soll Knecht bleiben! Aus diesen Worten geht mit aller Deutlichkeit hervor, daß wir von jener Seite nichts zu erwarten haben. Gerade an den Tagen des Weihnachtsfestes kommt uns so recht deutlich zum Bewußtsein, daß die einflussreichsten Triebkräfte unseres Zeitalters gerade das Gegenteil vom „Frieden auf Erden“ wollen.

Unsere Mutter Erde hebt heute mehr denn je an allen Ecken und Enden. Auf Dukenden von Konferenzen stecken auswählte Staatsmänner die Köpfe zusammen, um der Menschheit den — Frieden auf Erden zu bringen. Möglich sind ihre Missionen bisher gescheitert. Mühen scheitern, weil es auch diese Staatsmänner bis jetzt nicht verstanden haben, die heilige Dreieinigkeit von Kirche, Kanone und Kapitalismus durch einen energischen Schnitt zu trennen. Die Völker haben das Nachsehen und ringen verzweifelt nach Licht, Luft und Leben. Mit aller Leidenschaft sucht der kleine Kapitalismus seine alten Machtpositionen wieder zurückzugewinnen. Sein Weg dazu führt über Leichen. Mit brutaler Rücksichtslosigkeit führt heute der Kapitalismus den Kampf gegen die wenigen und sehr hart erkämpften Rechte des geknechteten Volkes. Genug und Verschwendungssucht auf der einen Seite, Jammer und Elend auf der andern Seite können kaum noch überboten werden.

Sollen wir diesem Treiben tatenlos zusehen? Gerade das Weihnachtsfest bietet uns reiche Gelegenheiten, uns diese Dinge durch den Kopf gehen zu lassen und die Pläne zu schmieden, die uns aus diesem Chaos herauszuführen. Wir selbst wollen und müssen uns befreien und auch die Mittel und Wege dazu finden. Leicht ist unsere Aufgabe dabei nicht. Unsere Befreiung erfordert neben dem stählernen Willen auch unsere Kräfte mit ganz besonderer Ausdauer. Wir müssen der Teilnahmslosigkeit so breiter Volksschichten an allen uns berührenden Fragen mit allen Mitteln zu begegnen suchen. Wir müssen mit ganzer Kraft dagegen ankämpfen, daß durch die Unwissenheit des werktätigen Volkes der Kapitalismus seine Triumphe feiert. In den deutschen Gewerkschaftsorganisationen können wir jetzt seit Beendigung des Krieges das gewiß stichtliche Heer von mehr als sechs Millionen neuen Streitern buchen. Dieser zahlenmäßig nie geahnte Erfolg kann und darf uns nicht befriedigen. Wir müssen jetzt mit allem Ernst daran gehen, den hier gemonnenen Boden auch in der Tiefe zu bearbeiten. Mit Geld in Form von Beiträgen ist uns allein nicht gedient. Sinter dem Beitrag muß auch ein ganzer Kerl stehen. Ich kann die Befürchtung nicht los werden, daß wir dem geistigen Wohl unserer Mitkämpfer in den letzten Jahren viel zu wenig Beachtung geschenkt haben. Es sei in diesem Zusammenhang nur daran erinnert, daß die Leserschaft der Arbeiterpresse mit den heutigen Verhältnissen absolut nicht mehr in Einklang zu bringen ist. Bücher und Zeitschriften stehen gegenwärtig derart hoch im Preise, daß es unsern Kollegen vollständig unmöglich ist, hier Neuanforderungen vorzunehmen. Die Not in den Familien läßt derartige Ausgaben beim besten Willen nicht mehr zu. Als die wirtschaftliche Vertretung unserer Kollegen müssen wir hier in die Bresche springen und ohne Rücksicht auf die dazu notwendigen Opfer helfend eingreifen. Ich hoffe, daß dieser Mahnruf nicht ungehört verhallt. Wee es im Frühjahr unterläßt, sein Feld zu bestellen, muß sich mit der Spreu begnügen und den Weizen den andern überlassen.

Mit bitterem Schmerz erfüllt uns an diesem Weihnachtsfeste die Tatsache, daß heute noch Teile der Arbeiterschaft Zielen nachjagen, die sich gegenwärtig absolut nicht verwirklichen lassen. Die Zersplitterung der Arbeiterschaft stellt heute einen Spott dar, den kein denkender Arbeiter mehr verantworten kann. An der Schwelle des zu Ende gehenden Jahres müssen wir zu unserm lebhaften Bedauern feststellen, daß das Tempo der Verelendung immer lebhafter wird. Nur durch die Zusammenfassung aller schaffenden Kräfte wird es möglich sein, die Steuerung des gefährlichen Schiffes entscheidend zu beeinflussen. Not, Elend, Krankheit und Verzweiflung nehmen vor keiner Proletariertür halt. Unser Los ist ein Gemeinames. Es zu verbessern, kann nur durch gemeinsamen Willen, durch gemeinsames Handeln erreicht werden. Wenn wir auch auf diesem Gebiete die Feiertage zu recht erstem Nachdenken. Den geknechteten Völkern würden wir den denkbar größten Dienst erweisen, wenn wir an diesem Weihnachtsfeste zu dem einmütigen Entschluß kämen, der heiligen Dreieinigkeit in Form von Kirche, Kanone und Kapitalismus ein Vollwerk in Form des geintem Sozialismus entgegenzustellen. Hart und dornenreich ist der Weg zu unserm Ziele. Es zu erreichen, alle Hindernisse zu überwinden, das soll und muß auch an diesem Weihnachtsfeste unser Gelbnis sein. Erst durch die Verwirklichung des Sozialismus wird auch für die schaffenden Völker jene Morgenröte aufsteigen, die in goldenen Leitern die Worte trägt: „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen!“

Das Ergebnis des kommunistischen Reichsbetriebsrätekonferenz.

Die von der kommunistischen Partei Deutschlands am 23., 24. und 25. November 1922 in Berlin abgehaltene Konferenz, der man die pompöse Bezeichnung „Reichsbetriebsrätekonferenz“ gegeben hatte, ist ohne sonderliche Teilnahme, besonders auch der Berliner Arbeiterschaft verlaufen. Mit großer Feinlichkeit ist auf dieser Tagung vermieden worden, in irgendeiner Form auszusprechen, daß es sich nur um eine rein kommunistische Veranstaltung handelt. Man hat vielmehr, wie schon bei den Vorbereitungen zu diesem Kongreß ängstlich vermieden, über diese Zusammenhänge zu sprechen. Für jeden Einseitigen war jedoch klar, daß nur rein kommunistische Bestrebungen damit verfolgt wurden, und die kommunistischen Zeitungen des Auslandes haben im Gegensatz zur deutschen kommunistischen Presse auch gar nicht erst versucht, diesen Zusammenhang zu leugnen. Die kommunistische Veranstaltung fiel zufällig zusammen mit dem Regierungswechsel in Deutschland und das französische Organ der Kommunisten, die „Humanité“, hat über den Regierungswechsel in Deutschland fast stets nur im Zusammenhang mit dem sogenannten Betriebsrätekonferenz berichtet. In einem dieser Berichte wird ausgeführt, daß der Betriebsrätekonferenz von den deutschen Kommunisten einberufen worden sei. In einem andern Bericht, den auszugsweise auch „Die Rote Fahne“ vom 25. November wiedergibt, stellt die „Humanité“ ebenfalls wörtlich fest:

Die ganze Kompromisspolitik, die von der Sozialdemokratie seit 1918 betrieben wurde, ist zu Boden geworfen durch die Großbourgeoisie, die ihre Zeit für gekommen hält. Das deutsche Proletariat wird sehr bald klar sehen. Der Betriebsrätekonferenz wird in den Ereignissen den entsprechenden Rahmen seiner Aktion finden, und die Stunde der kommunistischen Partei hat geschlagen.

An sich sind diese Feststellungen selbstverständlich nichts Neues. Es müßte auch den deutschen Arbeitnehmern längst bekannt sein, daß es sich bei den Bemühungen der Kommunisten um die Betriebsräte um reine Parteitagitation handelt. Jedoch lassen sich viele Arbeitnehmer immer noch von den Kommunisten einreden, daß diese Absicht nicht bezieht, weshalb es von Wert ist, nunmehr durch

Außerungen der kommunistischen Presse selbst den einwandfreien Beweis dieser Zusammenhänge zu erbringen.

Im übrigen nimmt die „Rote Fahne“ in ihrer Sonntagsausgabe vom 26. November 1922 in sehr kleinlauter Weise zu dem Ergebnis des Kongresses Stellung. Es heißt da unter anderem:

... Der Reichsbetriebsrätekonferenz hatte, wie wir keineswegs verschweigen wollen, noch zu wenig Macht in der Hand, um bei dieser Regierungskrise entscheidend eingreifen zu können ...

Die freien Gewerkschaften haben dieses Ergebnis vorausgesehen. Es wäre billig, sich über diesen Triumph zu freuen. Dies geschieht jedoch nicht, da die bedauerliche Tatsache feststeht, daß diese kommunistische Veranstaltung nicht zu einer Stärkung der Arbeiterbewegung, sondern eher zum Gegenteil geführt hat und führen mußte. Wenn die Kommunisten durch Schäden klug würden, wäre dies vielleicht als einziges erfreuliches Ergebnis des Kongresses zu buchen. Jedoch scheint noch nicht einmal dieser Erfolg sicher zu sein, denn in dem Artikel heißt es weiter:

... Darum steht die nun abgeschlossene Tagung der Betriebsräte, die erste, die selbständig und gegen die Sabotage der Gewerkschaftsbureaus und den Terror der Unternehmer zustande gekommen ist, in seiner (Wörtlich.) Bedeutung weit über dem Reichsbetriebsrätekonferenz vom Jahre 1919 (Soll 1920 heißen), der unter den Versprechungen und dem Einfluß der Arbeitgemeinschaft auf den Kampf um Erweiterung der proletarischen Macht schmählich Verzicht geleistet hatte ...

Es bleibt nun nur noch die Hoffnung, daß die gesunde Vernunft der deutschen Arbeitnehmer diesem kommunistischen Treiben ein Ende macht, und daß vor allen Dingen sich die Arbeitnehmer nicht durch die neueste Parole der Kommunisten, Kontrollausschüsse zu wählen, irreführen lassen. Sagt doch die „Rote Fahne“ in dem vorerwähnten Artikel bezüglich dieser Kontrollausschüsse ausdrücklich selbst folgendes:

... Der Kongreß stellte in aller Offenheit fest, daß die bisher von den Kontrollausschüssen erzielten Erfolge wenig, sehr wenig bedeuten. Er schreckte darum nicht vor der gewaltigen Aufgabe zurück ...

Ebenfalls sind die Arbeitskollegen dringend zu warnen, sich auf folgende Aufforderung in dem Artikel der „Roten Fahne“ einzulassen:

... Es ist nun Sache jedes einzelnen Klassenbewußten Arbeiters, in allen proletarischen Organisationen die notwendige Aufklärungsarbeit mit erneuter Intensität aufzunehmen, damit die Sabotage der reformistischen Instanzen gebrochen wird ...

Diesen Trick haben die Gewerkschaften ebenfalls vorausgesehen. Es war sonnenklar, daß die kommunistische Parteitagung nach Stattfinden des ergebnislosen Betriebsrätekonferenzes so fortgesetzt werden sollte, daß nunmehr in den Betriebsversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen die auf dem Kongreß gefaßten Resolutionen vorgetragen werden und die Anwesenden ihre Übereinstimmung damit erklären sollten. Die Zeit ist jedoch zu schwer, als daß die Arbeiter einen derartigen Unfug dulden dürfen. Deshalb sind alle Versuche, in dieser Weise zu verfahren, mit Energie zurückzuweisen.

Im übrigen hat der Betriebsrätekonferenz Organisationsbesen angenommen. Nachstehend folgt der erste Absatz dieser Organisationsbesen:

Das feste Vertrauen nur in ihre eigene Kraft, das unerschütterliche Klassenbewußtsein bei den altorganisierten (!) Arbeitern wiederherzustellen und bei den übrigen (!) Klassengenossen zu wecken, ist eine wichtige Voraussetzung zur erfolgreichen Abwehr der Verelendung der Arbeiterklasse ...

Es heißt dann weiter, daß Vorträge und Belehrungen notwendig sind, daß durch solides Handeln das Klassenbewußtsein zu wecken und zu stärken sei. Die Entkämpfung der geringsten Forderungen selbst der kleinsten Kreise des Proletariats sei der Ausgangspunkt der organisierten Selbsthilfe der Arbeiterschaft.

Weiter sind dann in diesen Thesen nur die üblichen kommunistischen Nebenarten enthalten, die für jeden denkenden Menschen Worte ohne Sinn und Inhalt darstellen. Jeder Arbeiter möge nun versuchen, festzustellen, worin die vorangeführten neuen Forderungen der Kommunisten sich von dem unterscheiden, was die Gewerkschaften jahrzehntlang bereits tun. Aber bemerkenswert ist, daß man jetzt auf einmal einen Unterschied zwischen altorganisierten Arbeitern und den übrigen Klassengenossen macht. Bei letzteren soll das Klassenbewußtsein erst geweckt werden. Wenn die Gewerkschaften darauf hingewiesen haben, daß vor der Möglichkeit, Forderungen durchzusetzen, erst eine Schulung der vielen Millionen neuer Gewerkschaftsmitglieder nötig ist, wurden sie stets von den Kommunisten als Bremser gebrandmarkt. Um den kommunistischen Betriebsrätekonferenz sachlich zu würdigen, genügt nur die Wiedergabe der Pressestimmen aus den Lagern der Unternehmer und der noch weiter links von den Kommunisten stehenden kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. Letztere schreibt in der „Kommunistischen Arbeiterzeitung“, 3. Jahrgang, Nr. 87:

... Was dort saß, war nicht die Elite des Proletariats, auch nicht derer, die noch nicht den Weg zur Union fanden. Es waren die typischen Betriebsräte der RPD. Die paar mehrheitssozialistischen Arbeiter, die noch vorhanden waren, waren den „Kommunisten“ in ihrem ehelichen Wollen weit voraus. Sie sind jedoch rettungslos verloren, sofern es den Moskauer gelingt, sie vor den russischen Wagen zu spannen ...

... Die Vertreter der RPD stellen fest, daß die Einladung zu diesem Kongreß deswegen erfolgt ist, weil die Einladenden damit rechneten, daß wir hier nicht erscheinen. Die Absehung der gesunkenen Diskussion von der Tagesordnung über den grundsätzlichen Teil bewußt die Angst vor den Konsequenzen unter Einladung. Da in der nunmehr vorgesehenen Redezeit von zehn Minuten, die außerdem nur der Begründung von Anträgen dienen soll, man wohl einige Phrasen herunterleiten, nicht aber grundsätzlich zu den hier aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen kann, verzichten wir auf das Wort, um so mehr, da es nur Zeitverschwendung wäre, von einem Kongreß zu sprechen, der auf Kommando seinen eigenen Bankrott erklärt ...

Die „Deutsche Arbeiterzeitung“, Nr. 48 vom 26. November 1922, macht in einem Leitartikel folgende Feststellung:

... Vom Reichswirtschaftsrat als Spitze über die Bezirks- und Kreisgewerkschaften bis herab zu den Betriebsräten wurde ein feingliedriges System entworfen, in dem nun der Rätegedanken wirklich fruchtbar gemacht wurde. In dieser Weise wurde das Räteystem in der Reichsverfassung „verankert“, und damit war die politische Räteidee vollkommen auf das wirtschaftliche Gebiet hinübergepielt ...

Die Gegnerschaft der Gewerkschaften, an die dieses Unternehmen (Gemeint ist der kommunistische Betriebsratengröß) eine offene Kampfanlage bedeutet, ist erklärlich, bezeichnend aber ist die mangelnde Werbekraft des Unternehmens unter der Arbeitererschaft, so daß es nur der angestrengtesten Arbeit der kommunistischen Partei gelungen ist, den Betriebsratengröß überhaupt zusammenzubringen. Die Arbeitererschaft empfindet doch wohl im Unterbewußtsein wenigstens, daß sie hier ihr Geld einer Sache opfert, in der eine ihrem Wesen nach gesunde Entwicklung in für die Arbeitererschaft verderblichem Sinne abgleitet. Hier wird wieder einmal von den Kommunisten, denen an nichts weiter als an der Zerstörung der Wirtschaft gelegen ist, ein Querholz eingerammt.

Besser als durch diese Pressestimmen kann auch von den Gewerkschaften die Charakterisierung der kommunistischen Treiber nicht erfolgen. Nur die eine ernste Frage sei aufgeworfen: Betrachtet es die kommunistische Partei Deutschlands als ihre unbedingte Pflicht und Aufgabe, ein solches Theater vor den Gegnern der Arbeitererschaft aufzuführen? Ist es wirklich so dringend nötig, den Arbeitgebern Gelegenheiten zu geben, über die Arbeiterbewegung Witze zu reißen? Die Beantwortung dieser Frage durch die kommunistische Partei Deutschlands dürfte wohl nicht erfolgen, denn für diese Partei spielt das Wohl des deutschen Proletariats gar keine, die Wünsche der russischen Geldgeber jedoch die ausschlaggebende Rolle.

Während sich das in den Gewerkschaften organisierte Proletariat in einem harten Kampf gegen das Unternehmertum befindet, mühen die Kommunisten hinter der Kampffront des Proletariats, um dessen Kraft zu schwächen und zu lähmen. Das ist der wahre Sachverhalt und die einzige Folge der Tätigkeit der Kommunisten, daß sie den Arbeitgebern und dem Kapitalismus Deutschlands sowie der übrigen Länder der Welt den Sieg über die Arbeiterklasse erleichtern, und deshalb darf es für einen Gewerkschafter keine Gemeinschaft mit den Kommunisten geben. Aus diesem Grunde sind alle Bestrebungen der Kommunisten, Zwietschacht unter die Gewerkschaftsmitglieder zu tragen, zu verhindern, denn es handelt sich eben für jeden klassenbewußten Arbeitnehmer um nichts mehr oder weniger, als die Kampfkraft des Proletariats, die in den Gewerkschaften verkörpert ist, nicht nur zu erhalten, sondern so zu stärken, daß die Möglichkeit der Existenzsicherung der Arbeitnehmer und der Erweiterung der Rechte gesichert ist.

An die Steinbildhauer.

Es scheint, als ob die Steinbildhauer Deutschlands sich mit den jetzigen Verhältnissen gar nicht befreunden können, da diese gar nicht vorwärts kommen. Als 35jähriges Verbandsmitglied kann ich mich noch genau erinnern, daß die Steinbildhauer schon früher sogenannte Saisonarbeiter waren, gewissermaßen Gelegenheitsarbeiter. Höchstens im Sommer zur Bautätigkeit war „Hochkonjunktur“, trotzdem waren stets Bildhauer auf „Lager“, während im Winter monatelange Arbeitslosigkeit vorherrschte. Das ist bis heutigen Tags noch nicht anders geworden, während durch den Krieg viele Steinbildhauer vom Berufe abgemindert sind, so daß jetzt zum Beispiel in Leipzig, wie vielleicht auch in andern Städten, wo immer 50 bis 60 Steinbildhauer vorhanden waren, nur noch 6 bis 8 Kollegen arbeiten und diese selbst mit wochenlanger Arbeitslosigkeit sich abfinden müssen. Das sollte uns doch anspornen, unsere trostlosen Verhältnisse zu bessern, aber es ist eine Gleich-

gültigkeit unter uns eingerissen und wir lassen uns hauptsächlich nur durch die Steinarbeiter vorwärts drängen, sogar haben in manchen Städten die Bildhauer weniger Lohn als die Steinmehlen. Das kommt daher, weil die Steinbildhauer nur nach dem Stundenlohn der Steinmehlen entlohnt werden. Vor mir liegt eine Liste von verschiedenen Großstädten Deutschlands, woraus man ersieht, wie weit diese noch im Lohne und Arbeitszeit zurück sind im Gegensatz zu Leipzig, Hamburg, Bremen, Dortmund, München usw., auch sind Städte auf der Liste, die noch 7 1/2 Stunden täglich arbeiten und den berichtigten Winterabzug haben, während die Steinbildhauer in Leipzig 38 1/2 Stunden wöchentlich arbeiten, allerdings ohne Abzug. Da wir in Leipzig den Wochenlohn eingeführt und die Abmachung mit der Innung getroffen haben, daß wir bei 44 1/2 stündiger wöchentlicher Arbeitszeit der Steinmehlen denselben Lohn mit 10prozentiger Erhöhung erhalten bei 38 1/2 Stunden, Sommer wie Winter. Der jetzige Lohn der Steinbildhauer beträgt bei 315 Mark Stundenlohn der Steinmehlen von 394 Mark pro Stunde, also ein Wochenlohn von 15 000 Mark bei 38 1/2 Stunden und wir keinen Unterschied kennen zwischen Sommer- und Winterlohn. Trotzdem versuchen die Unternehmer, besonders in Dresden bei der letzten Lohnregelung, die schwer errungenen Vorteile der Leipziger Steinbildhauer anzufechten, weil die hiesigen Steinarbeiter im Winter verkürzt arbeiten, ergo Stundenabzug haben, während wir doch voll arbeiten wie im Sommer. Doch ist den Unternehmern ein Halt gesetzt durch die Leipziger Abmachungen, denn wir sind nicht gesonnen, uns Abzüge machen zu lassen, weil unsere Lage ohnehin schon die denkbar ungünstigste ist. Hier bekommen zum Beispiel schon die Lohnführer der Brauereien gegen 16 000 Mark Wochenlohn mit Bezahlung der Wochenfeiertage, die Bildhauer usw. sich mit weniger begnügen müssen. Wenn man bedenkt, daß in manchen Städten der Unterschied im Stundenlohn der Steinbildhauer 100 Mark beträgt gegen Leipzig, Bremen, Hamburg usw., so überlegt man es sich genau, ehe man in solchen Städten Arbeit annehmen kann. Da doch die Verrentungsverhältnisse in allen Städten Deutschlands laut Statistik der Zentrale fast die gleichen sind, muß deshalb die Forderung der einheitlichen Lohnes in allen Städten Deutschlands die erste Forderung aller Steinbildhauer im Reich sein. Deshalb, Kollegen der Steinbranche, gibt es in unserm lebensunsicheren Berufe noch viel zu arbeiten und zu verbessern. Die vornehmste Aufgabe muß sein, überall im Reich den Wochenlohn einzuführen, damit wir die Wochenfeiertage bezahlt bekommen. Vor allen Dingen dürfen unsere Errungenschaften nicht durch Unternehmervillfür Illusorisch gemacht werden, sondern vorwärts allerorts! Eine fräftige Unterstützung können uns die Steinarbeiter zuteil werden lassen und die vorliegende Frage des Wochenlohnes leicht lösen. Durch den Wochenlohn werden unsere unsicheren Arbeitsverhältnisse stabiler, denn die vielen Wochenfeiertage müssen bezahlt werden wie in vielen andern Berufen. Ferner müssen die Wochenlöhne der Bildhauer überall 10 Prozent höher stehen wie die der Steinmehlen, deren Löhne wieder 10 Prozent höher als die der Bauarbeiter, eben infolge der Arbeitslosigkeit und unsicheren Existenz.

Paul Sondershausen, Steinbildhauer.

Zum Nachdenken.

Die deutsche Geldentwertung und damit die Preisentwicklung hat in der Wertbeurteilung einer großen Zahl von Produkten der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft nicht nur eine un-

gehauerliche Veränderung hervorgerufen, sondern besonders in der neueren Zeit die mannigfachen Vorschläge herbeigebbracht, um der Geldentwertung Einhalt zu gebieten. Dieses wichtige Problem kann nur gelöst werden, wenn alle maßgebenden Kräfte zusammenwirken; sobald jedoch die Vorschläge dazu aus Interessentengruppen kommen, die weniger das Wohlergehen der Allgemeinheit als ihr eigenes im Auge haben, wird die Lösung schwieriger wie sie sowieso schon ist. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten verlangen durch ihre politische und wirtschaftliche Vertretung vor allen Dingen ernsthafte Maßnahmen zur Stabilisierung der Mark; diese Stabilisierung ist heute das A und das O unserer Existenz als Volk. Industrielle, Händler und Banken haben daran weniger Interesse, für sie wurde die Papiermark längst ausgeschaltet, sie rechnen nur nach der Goldbasis und wollen diese Grundlage auch bei allen passenden Gelegenheiten ihrer persönlichen und Gruppeninteressen angewendet haben. Das ist ihre egoistische „Marktstabilisierung“. Jetzt, wo die letztere der deutschen Wirtschaft auf den Nägeln brennt, wissen bestimmte Bevölkerungskreise nichts anderes zu sagen als — Goldbasis. Sie kommen ferner mit der Redensart, daß alle bisherigen Maßnahmen in der Finanzwirtschaft falsch gewesen sind, es hätte so oder so gemacht werden müssen. Doch zu dem Zeitpunkt, wo praktische Vorschläge notwendig waren, da haben fast alle, jetzt so schlauen Vörlern, Banken, Kaufleute, Händler- und Industriellenvertreter einzeln sowie als Gruppe sich ausgesprochen und immer nur ihr eigenes Geschäft im Auge gehabt. Die Zugrundelegung der Goldberechnung sichert den Kaufleuten und Händlern auch den umstrittenen Wiederbeschaffungspreis und gibt damit diesen Kreisen eine Sicherung ihrer Existenz und ihrer persönlichen und geschäftlichen Substanz.

Diese Sicherung haben die Lohn- und Gehaltsempfänger bekanntlich nicht, denn trotz steigender Löhne wird der Reallohn immer weniger. Der Geldentwertung sind die Löhne nur ganz notdürftig angepaßt. Wenn bei Lohnverhandlungen die Arbeiter von Goldbasis reden, sieht man nur überlegenes und verlegenes Lächeln bei den Unternehmern und doch ist die Goldbasis nirgends so notwendig wie bei der Lohnberechnung. Im Ausland handelsbereife sind 2000 Papiermark nicht mehr wie 1 Mark (sogenannte Goldmark) in der Vorkriegszeit. Im Inland handelsbereife stehen 1000 Papiermark ungefähr 1 M. (sogenannte Goldmark) gleich. Wird der Stundenlohn der Arbeiter nur nach dem jetzigen Inlandswert festgesetzt, dann müßte er schwanken zwischen 500 und 1000 Papiermark, gemessen an den Stundenlöhnen in der Vorkriegszeit. Der Stundenlohn dem Auslandswert angepaßt, müßte zwischen 1000 und 2000 Papiermark augenblicklich betragen. Wie weit nun jeder Kollege davon entfernt ist, kann er sich selber leicht errechnen, dazu bedarf es keiner weiten Darlegung und mit verbissenem Gewinn kann er feststellen, inwiefern sich seine Lebenshaltung gegenüber der Vorkriegszeit nach rückwärts entwickelt hat.

In diesem Zusammenhang ist ein internationaler Lohnvergleich sehr lehrreich, der kürzlich vom „Vorwärts“ gebracht wurde:

„Einen solchen Vergleich hat der Direktor des Statistischen Bureaus im englischen Arbeitsministerium, John Hillon, aufgestellt und ihn im „Manchester Guardian Commercial“ (deutsche Ausgabe: „Der Wiederaufbau in Europa“) veröffentlicht. Es muß hier zunächst bemerkt werden, daß die Vergleiche, die dort gezogen wurden, durch den Marktzug der letzten Monate ganz erheblich

Aus der deutschen Steinindustrie.*

Die Natursteinindustrie, ein wichtiger Zweig im Baugewerbe, wofür die älteren Bauwerke den Beweis liefern, hat im Laufe der zwei letzten Jahrzehnte eine Wandlung durchgemacht, die dem Berufsbild nicht gefällig sein kann. Dieser sieht wohl die imposanten und kühnen Werke der früheren Donaubauwerke, Architekten und Bauherren, hat schließlich auch an der in und an diesen Bauwerken verkörpert Arbeit seine Freude, doch das in Frage kommende Steinhandwerk und die aus ihm sich entwickelte Industrie, die durch die gewaltigen Bauwerke früherer Jahre belebt wurden, kimmert den Berufsbild weniger. Das ist ganz natürlich. Ein Gewerbe erlangt zunächst in der Öffentlichkeit seine Bedeutung durch die Zahl der in ihm Beschäftigten und in der Hauptsache wohl durch die Verwendung seiner Produkte für den unbedingt notwendigen Gebrauch und Bedarf der Volksgemeinschaft. Sind nun die Erzeugnisse der betreffenden Industrie ihrer Natur nach nicht darauf angelegt, dann treffen die Begleiterscheinungen der deutschen Wirtschaftsverhältnisse — die bekanntlich seit Jahren, hauptsächlich durch äußeren Druck, eine Belastungsprobe sondergleichen auszuhalten haben — ein solches Gewerbe und besonders die darin beschäftigten Lohnarbeiter in ihrer Existenz schwer.

Bauen ist, wie jeder Arbeiter weiß, sehr teuer geworden; die Bautätigkeit erstreckt sich nur auf das Allernotwendigste, einfache und billige. Der Staat und die Gemeinden haben kein Geld, um massive Bauwerke wie in früheren Jahren, an denen die Steinbearbeitung zur Geltung kam, aufzuführen zu lassen. Nur mit äußerster Anstrengung werden die Mittel für den notwendigen und einfachsten Wohnungsbau zusammengeschert, infolgedessen fehlen der Natursteinindustrie die früheren inländischen Bauaufträge, und nur ganz selten fällt aus dem ungenügenden Wohnungsbau für die Arbeit ab. Bereits Anfang 1900 wurde durch die vielseitige Verwendungsmöglichkeit des Zements — wie Stampfbeton und Kunststein — der Naturstein vom Bau nahezu verdrängt. Heute ist der Zement in seiner vielseitigen Verwendungsmöglichkeit dem Naturstein gegenüber auf dem einfachsten bis zum großartigsten Bau stets Trumpf. Die zu jedem Bau notwendigen Steinarbeiten, wie Treppentufen, Fenster- und Türgehäube, werden nunmehr aus Zement gegossen und gestampft und haben damit gleich Form und Maß. Der Steinbrecher, der Steinmehl und schließlich auch der Steinbildhauer sind durch diese Aenderung in der Bauweise die Leidtragenden geworden. Die weitere Folge davon ist, daß zahlreiche Steinbrüche (Granit und Sandstein) ihre Steingewinnung eingestellt haben, und wo früher emsiges Leben herrschte, ganze Ortschaften vom Entel bis zum Großbauer in der Steingewinnung und Steinbearbeitung tätig waren, ist es nunmehr recht still geworden, nur wenige sind noch tätig. Die Steinmehlbuden sind dort zum Teil verfallen und im Steinbruch wuchert auf den felsigen Wäldern. Für den Rückgang einige Zahlenunterlagen: Nach den Angaben der Steinbruchsberufsgenossenschaft ruhte im Jahre 1919 von 8087 Steinbruchsbetrieben jeder dritte, insgesamt 2817 Betriebe lagen vollständig still. Im Jahre 1920 ruhten von 9176 Betrieben insgesamt 2185, also etwa jeder vierte Steinbruch. Das ist die Wandlung der Natursteinindustrie im Zusammenhang mit der Bautätigkeit. Diese ziffernmäßige Beweisführung würde noch viel krasser zum Ausdruck kommen, wenn die einzelnen Baugewerksberufsgenossenschaften ähnliche Angaben machen wie die Steinbruchsberufsgenossenschaft, denn eine große Zahl von Steingewinnungs- und Steinbearbeitungsbetrieben, besonders für Sandstein, zählen zu den ersteren, weil bei Gründung der Steinbruchsberufsgenossenschaft die betreffenden Unternehmer befürchteten, durch die Anfalligkeiten in der Steinindustrie bei dieser neuen, rein beruflichen Gründung finanziell zu sehr belastet zu werden.

Wenn nun auch, wie aus dem vorstehenden entnommen werden kann, die Blütezeit der Steinmehlbaukunst auf unabweisbare Zeit geschwunden ist, so muß aber doch gesagt werden, daß auf andern Gebieten von einem Volk, das eine bestimmte Kulturhöhe wie das deutsche erklommen hat, die Produkte der Natursteinindustrie nicht dauernd entbehrt werden können. Es braucht in diesem Zusammenhang nur an die Neuzerschließung und Instandhaltung aller unserer Verkehrswege, wie Eisenbahnen, Wasserstraßen, Landstraßen und den Straßen in den Groß- und Kleinstädten erinnert zu werden. Bei alledem kann Naturstein in bearbeiteter Form nicht entbehrt werden. Auch vom Bau (Tief- und Hochbau) wird der Naturstein

nicht ganz verschwinden, denn zur Ausschmückung des Inneren von Bauwerken geht es nicht immer ohne Fertigerzeugnisse der Natursteinindustrie (Marmor). Weiter wird beim Ausdruck der Pietät gegenüber Verstorbenen der Naturstein in verschiedener Art und Bearbeitung (Grabdenkmäler) immer eine gewisse Rolle spielen. Einzelne Zweige der Natursteinindustrie liefern andauernd wertvolle und nicht zu ersetzende Hilfsmittel für andere Industriezweige, die ohne diese Produkte in schwerer Bedrängnis kommen würden. Zum Beispiel: die deutsche Lithographiesteinindustrie und -bearbeitung hat Weltmonopol im Steinrud. Die Schiefergewinnung verlor fast die gesamten Absatzmärkte der Welt mit Schreibtafeln und Griffeln. Zu vergessen ist nicht die bedeutende Schleifsteinfabrikation im schlesischen, im unterfränkischen und im Elbsandsteingebiet für die in- und ausländischen Getreide- und Papiermühlen. Klatten aus Naturstein, wie Marmor, Kalkstein, Schiefer, haben sich besondere Gebiete erobert in der Möbelindustrie oder als Schallkörper für elektrische Anlagen. Die Rohstoffe aus einer Anzahl Kalkstein- und Quarzbrüchen sind außerordentlich notwendig, ja direkt unentbehrlich für die Metallhämmer und für die Herstellung feuerfester Tonprodukte. Aus dieser kurzen Ausföhrung ist zu entnehmen, daß mit Einschränkung weniger Gruppen die Natursteinindustrie in der deutschen und in der ausländischen Bedarfswirtschaft immerhin eine Bedeutung hat.

In der Steinindustrie herrscht neben dem Klein- der Mittelbetrieb vor. Die zu erwartende neue Verurs- und Vertriebszählung wird darin im großen ganzen keine andern Unterlagen bringen, obwohl wir wissen, daß die Kriegsjahre und die Nachkriegszeit die Betriebseinstellungen gewaltig durcheinandergeschüttelt haben. Die neue Zählung wird gewiß auch für die Steinindustrie den Zug zum Großbetrieb zahlenmäßig erbringen, hauptsächlich in der Wegebaustoffgruppe, doch im alten Steinhandwerk wird der Mittel- und Kleinbetrieb immer noch die Hauptzahlen aufweisen. Das liegt an der Eigenart der Steingewinnung und -bearbeitung. Die frühere und letzte Betriebs- und Verurszählung ergab:

3088 Kleinbetriebe	Beschäftigte
5977 Betriebe mit 2—5 Personen	17 715
3552 „ „ 6—20 „	84 922
1855 „ „ 21—100 „	56 464
227 „ „ 101—500 „	38 960
10 „ „ 501—1000 „ und mehr	8 691

Wied in der Steinindustrie von Großbetrieb gesprochen, dann darf man nicht etwa die Großbetriebe in der Metall- und Textilindustrie mit ihrer Zusammenballung von Arbeitermassen als Parallele heranziehen und auch nicht deren für jede Pantierung vorgesehene Maschinertätigkeit. In der Steinindustrie gilt als Großbetrieb schon jener, der über 100 Arbeiter beschäftigt.

Auch die Zahl der Erwerbsgesellschaften ist in der Steinindustrie verhältnismäßig gering. Im Jahre 1910/11 befanden außer verschiedenen Gesellschaften m. b. H. und Handelsgesellschaften 37 Aktiengesellschaften mit einem Stammkapital von 49 1/2 Millionen. Nach der Kriegszeit 1918/19 bestanden 42 und neuerdings sind zur 50 Aktiengesellschaften in der Natursteinindustrie vorhanden, jedoch stehen die reichsstatistischen Unterlagen dafür noch aus, deshalb können genaue Angaben über das in diesen Erwerbsgesellschaften konzentrierte Kapital nicht gemacht werden.

Im Verhältnis zur Gesamtarbeiterschaft betrug nach der alten Verurszählung die Zahl der Steinindustriearbeiter 1,8 Prozent. Etwa jeder neunundneunzigste und hundertste Lohnarbeiter kam in Deutschland auf die Steinindustrie. Die Zahl hat sich durch die Wandlung in bezug auf die Bautätigkeit verringert. Das Verhältnis zu der Gesamtarbeiterschaft wird jetzt etwa 1,5 Prozent sein.

Zweifellos hat sich in den letzten zwei Jahren in der Natursteinindustrie eine Betriebs- und Kapitalkonzentration vollzogen, das trifft mit ganz wenigen Ausnahmen jedoch nur auf die Wegebaustoffgruppe (Pflasterstein- und Schotterwerke) zu. Das ursprüngliche Handwerk, die Steinmehltätigkeit für Sandsteinbearbeitung, schwindet im alten Fabrikwesen weiter. Es fehlen hier eigentlich auch die Voraussetzungen zum Großbetrieb, unter anderem auch die Mächtigkeit, den Stein selbst in seiner verschiedenen architektonischen Bearbeitung mit Hilfe von Maschinen fertigzustellen. Wohl gibt es maschinelle Hilfsmittel in den mittleren und größeren Betrieben: Sägegatter, um die Steinblöcke zu trennen, Drehbänke für Säulenherstellung. In der Granit- und Marmorbearbeitung gibt es Fräsmaschinen für einfache gerade Profile, Schur- und Karbunumschleifen, vertikal und horizontal zur glatten Anarbeitung von Flächen und Kanten an Werkstücken und Klatten, ferner Schleif- und Poliermaschinen. Doch alles, was am Stein vom Geraden abweicht, sei es Fläche, sei es Profil, erfordert vom Steinmehler oder Stein schleifer geschickte und geübte Handarbeit.

In der direkten Pflastersteinherstellung herrscht der Handbetrieb

vor. Die an Arbeiterzahl und in der sonstigen geschäftlichen Aufmachung größten Betriebe der Steinindustrie sind fast ausschließlich in dieser Gruppe. Die großen Betriebe sind mit allen technischen Errungenschaften ausgestattet, wie Luftdruckwerkzeugen, um die Sprenglöcher in die abzubauenen Felsen zu bohren, Drahtseilbahnen, Förderbahnen oder „Bremsberge“, um das gebrochene Steinmaterial auf die Veruchshöhe oder an die Brecher- oder Knudanlagen (Schotterwerk) zu befördern. Der Pflasterstein selbst aber bleibt der Handarbeit überlassen. Die Geschäftlichkeit des Pflastersteinmachers beruht auf Kenntnis des Gesteins, „wie es geht“, auf Augenmaß und geübter Handhabung des Schlägels und Eisens, um dem Steinbrocken die nötige Form und das richtige Maß zu geben.

Die gesamte deutsche Natursteinindustrie ist mit ihren Rohprodukten durchaus unabhängig vom Auslande. Eine Einschränkung muß hier nur gemacht werden, soweit Marmor in Frage kommt, denn für den italienischen Carraramarmor hat Deutschland keinen ausreichenden vollwertigen Ersatz. Wohl sind in Großjandorf (Schlesien) die weißen Marmor liefern, doch das Vorkommen ist dort nicht groß genug, um den Bedarf zu decken. In der Vorkriegszeit wurden in Deutschland jährlich insgesamt 31 000 Kubikmeter Marmor, meistens ausländischer, verarbeitet. Während und nach dem Krieg wurde die Marmoreinfuhr kontinuierlich und damit auf eine größere Verwendung deutschen Marmors hingewirkt. Der deutsche Marmorbruchbesitz kann jedoch höchstens 7000 Kubikmeter jährlich liefern, deshalb ist noch eine beschränkte Einfuhr von momentan 18 000 Kubikmeter zugelassen, auch das Wirtschaftsabkommen mit Italien zwingt gewissermaßen zu dieser Einfuhr. Der deutsche Marmor ist so reichhaltig und farbenprächtig, daß er sich im übrigen mit dem bunten ausländischen Stein durchaus messen kann. Auf diesem Gebiet ist in früheren Jahren zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft viel geschädigt worden und jetzt, wo die deutschen Marmorbodenbesitzer mehr zur Geltung kommen sollen, sind es die deutschen Bruchbesitzer, die durch enorme Preissteigerungen die Sachlage ausnutzen und erschweren. Die bekannte kapitalistische Profitgier, der deutschen Volkswirtschaft nur zum Schaden gereichend.

Im übrigen ist Deutschland, soweit die andern Gesteine in Frage kommen (Granit, Schiefer, Sandstein, Schiefer, Serpentin usw.), vom Auslande durchaus unabhängig. In der Vorkriegszeit wurden auch von Schweden Granite und Schiefer für die Granit-schleifereien eingeführt, heute ist es schon infolge der Wertverhältnisse gänzlich ausgeschlossen. Kostete ein Kubikmeter schwedischer Granit oder Schiefer vor dem Kriege zirka 300 bis 400 M., so heute zirka 500 000 M. Ein Granitstein aus diesem Material wäre nicht zu bezahlen. Die Einfuhr unterbleibt aus diesen Gründen, sie ist im Hinblick auf die deutschen reichhaltigen Gesteinsbodenbesitzer tatsächlich auch überflüssig.

Kapitalistische Sprache.

Nach der Auffassung der bürgerlichen Welt ist das sittliche Leben der Menschheit unabhängig von dem wirtschaftlichen, sozialen Leben. Wir brauchen uns nur zu erziehen, und wir haben die schönste sittliche Welt. Diese Gegner fühlen nicht, wie sehr das wirtschaftliche Leben, wie es auch sei, dem ganzen kulturellen Leben das Gepräge gibt. Sie sehen nicht, die darum auch mit unserer Wirtschaft von heute, mit dem Kapitalismus, die Wissenschaft zusammenhängt, wie auch die Kunst zur Magd des Kapitals geworden. Ja, so sehr wird das ganze geistige Leben von dem wirtschaftlichen Charakter unserer Zeit durchdringt, daß selbst die Sprache nicht gespart bleibt.

Wie oft lesen wir zum Beispiel, daß einem Arbeiter in der Fabrik oder Werkstatt ein Unfall zugestoßen sei und, falls es sich um einen tödlichen Unglücksfall bei einem verheirateten Arbeiter handelt, heißt es dann weiter, daß die mehrköpfige Familie ihres „Ernährers“ beraubt sei. Und auch wenn der Mensch zum Menschen davon spricht, wird die Frau, werden die Kinder bedauert, die da plötzlich ihres „Ernährers“ beraubt wurden. Der Tod des Vaters, der Tod des Gatten tritt hinter den Tod des Ernährers ganz zurück. So sehr hat das kapitalistische Wirtschaftsleben die Sittlichkeit zerstört, daß das Wort höher als die Liebe steht.

Gewiß ist diese Verurteilung stets unbedacht. Gewiß fühlt man auch mit der trauernden Gattin, mit den weinenden Kindern. Aber gerade das, dieses erste Fühlen ungewollt der Familie gilt, die den Ernährers verloren, das zeigt, wie sehr der Kapitalismus mit seiner Brutalität das Menschensein beherrscht, wie tiefe sittliche Kultur erst möglich ist, wenn der Kapitalismus einer neuen besseren wirtschaftlichen Ordnung gewichen, wenn das Leben nicht mehr Sorge, sondern Liebe ist.

*Artikel des Kollegen G. Ebd. in der Betriebsrat-Zeitschrift für Funktionen der Metallindustrie. Der rührende Bericht des Metallarbeiterverbandes des Osnabrücker Osm. will durch die verschiedenen Berufsabhandlungen den Blick seiner Funktionäre erwecken.

April und Mai 1922. Da nun seitdem die Werte sich ungemein entwertet hat, würde ein Vergleich der Löhne im November ein noch weit härteres Verhältnis zugunsten der deutschen Arbeiter ergeben.

Die Untersuchung erstreckt sich auf eine gewisse Anzahl von Berufs-: Maurer, Zimmerleute, Monteure, Schriftsetzer und ungelernete Arbeiter. Wir beschränken uns darauf, hier nur die Durchschnittszahlen anzuführen. In englische Währung umgerechnet, betrug der Durchschnitt des Lohnes für eine 48-Stunden-Woche in Deutschland 15,6 Schilling, in Belgien 41,9, in Frankreich 51,4, in England 82,3 und in den Vereinigten Staaten 195,4 Schilling. Daraus ergibt sich, daß die Arbeiter in Belgien und Frankreich etwa den dreifachen Lohn des Arbeiters in Deutschland erhielten, die Arbeiter in England den sechsfachen und schließlich die amerikanischen Arbeiter nahezu das Dreizehnfache des Lohnes des deutschen Arbeiters!

Nun kann man einwenden, daß diese Ziffern für die Lebenshaltung der Arbeiter in den verschiedenen Ländern nicht entscheidend seien, weil die innere Kaufkraft einer Währung nicht immer identisch mit der äußeren Kaufkraft ist. Das ist zweifellos richtig. Der Verfasser hat auch den Versuch gemacht, der Sache insofern auf den Grund zu gehen, als er eine gewisse Anzahl von Lebensmitteln in einer bestimmten Quantität nach den Inlandpreisen in den angeführten Ländern verglichen hat. Nur handelt es sich freilich dabei um Lebensmittel, die dem deutschen Arbeiter zum größten Teil unzugänglich geworden sind. Außer Brot und Weizenmehl hat der Verfasser noch einen Vergleich zu ziehen versucht; bezüglich der Preise für Eier, frische Butter und frische Milch. Wenn diese Dinge in den angeführten Ländern noch zu den täglichen Konsumartikeln der Arbeiter gehören, so sind sie in Deutschland aus dem Haushalt des Arbeiters so gut wie verschwunden. In der Berechnung der Lebenshaltungskosten der Berliner werktätigen Massen wird man zum Beispiel Butter und Eier begebenen suchen.

Um sich in Westjener Lebensmittel zu setzen, müßte nun nach Billion der amerikanischen Arbeiter 2 1/2 Stunden arbeiten, der belgische 6 1/2, der französische 6 1/2, der englische 3 1/2 und der deutsche Arbeiter 7 1/2 Stunden.

Wie bereits bemerkt, nach dem Marksturz der letzten Monate würde sich das Verhältnis noch bedeutend zugunsten der deutschen Arbeiter verändern.

Ein paar andere Zahlen aus der deutschen Landwirtschaft zeigen uns die ungeheure Wertveränderung, wenn an Stelle des Geldes der Roggen- oder Saferpreis gesetzt wird; die Angaben stammen aus Ostpreußen, sie können aber beliebig den anderen Bezirken angeglichen werden. Ein Gut von 1000 Morgen hatte im Durchschnitt in der Vorkriegszeit 200 000 Mark Schulden (pro Morgen 200 M.), rechnen wir die Verzinsung zu 5 Prozent, dann waren 1914 10 000 M. zu bezahlen. Damals kostete der Zentner Roggen 8,50 M. Für die Zinsen hatte der Gutbesitzer damals 1250 Zentner Roggen zu liefern, heute kostet ein Zentner 10 000 M., also liefert der Gutbesitzer zur Zinszahlung nur — einen Zentner Roggen. Im Vergleich zu 1914 macht er 1922 ein Geschäft von 1249 Zentnern gleich 12 490 000 M. Ein anderes Beispiel vom Häuserbau in der Landwirtschaft. Im Jahre 1914 kostete in Ostpreußen ein Vierfamilienhaus für Landarbeiter zu bauen 12 000 M., oder 1600 Zentner Safer a 7,50 M. 1922 im September dagegen 2 Millionen Mark oder 266 Zentner Safer a 7500 M. 1922 im Dezember bereits 3 1/2 Millionen Mark oder 260 Zentner Safer a 12 500 M. An diesen paar Beispielen ist zu sehen, einmal die Wertveränderung, dann aber auch, wo der Gewinn aus der Not des arbeitenden Volkes hinfließt. Diese Art Unrecht haben kein großes Interesse an einer Markstabilisierung, ihnen zur Seite stehen die Industriellen, Händler, Börsen und Banken und diese Volkskreise oraufen dann über hohe Löhne und kurze Arbeitszeit — der Arbeiter.

Am Montag, Montag früh, erreicht uns noch die Mitteilung, daß der Dollarkurs auf 5500 M. gesunken ist. Selt dieser Rückgang an, dann ist es gewiß ein Vorgang, der alle Lohn- und Gehaltsempfänger aufatmen läßt. Die Börsen- und Händlerkreise (einschließlich der Devisenbankier) fliegen fröhlich wie eine aufgeschreckte Meise durchs Land; sie sind beim Wahl gestört und ihre Gefährde gilt dem schwindenden Spekulationsgewinn. Wie mögen diese Parasiten erst fröhlich sein, wenn die Stabilisierung der deutschen Mark gelingt? Unsere Kollegen handeln jedoch richtig, wenn sie vorläufig an dem Vorgang auf dem Geldmarkt nicht allzu große Hoffnungen knüpfen; denn das eine steht fest: Jeder kleine und große Diktator hat seinen Warenbestand zu hohen Preisen eingekauft — so werden wir es noch lange Wochen hören — infolgedessen kimmert ihn in seiner Preisbildung der niedrige Dollarkurs und das Steigen der Mark weniger, wäre es umgekehrt, ja, dann wäre es anders, da steigen über Nacht die Preise. Diesen Geschäftsmachern muß nun auf die einstreichenden Finger gesehen werden, an jedem Ort, ob klein oder groß.

Aus den Zahlstellen.

Die Arbeitslosenzählung im November 1922 ergab eine weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit gegen die Vormonate; trotzdem sind nur 235 Zahlstellen an der Zahlung beteiligt, wurden aus 43 Zahlstellen 274 Arbeitslose gemeldet. Die Mehrzahl der Arbeitslosen erstreckt sich auf die Werksindustrie, vor allem auf Berlin, Breslau, Hamburg, Plauen, Erfurt, Leipzig, Löbau, Crausheim, Mühlbach, Regensburg, Trausnitz und das Muschelstallgebiet. In der Plattenindustrie fällt die Zahl von 21 Arbeitslosen in Munkichen auf.

Verkürzt wurde in 31 Betrieben mit 176 Beschäftigten, darunter 14 weiblichen gearbeitet.

Baumholder. Die Schriftleitung des „Steinarbeiters“ hat bereits des öfters Zuschriften aus Kollegenkreisen über Behandlung und Entlohnung im Granitwerk von P. Burger, Ing., gebracht. Alle diese Zuschriften wurden immer von anderen Kollegen, die einmal dort eine Art Arbeitsgattelle gegeben hatten, bestätigt! Die Folge ist, daß, wie so manches andere Granitwerk, das Werk in Baumholder als Arbeitsplatz keinen guten Klang unter den wandernden Granitarbeitern aufzuweisen hat. Einzelne Arbeitgeber glauben nun, daß der Steinarbeiterverband oder die Redaktion des „Steinarbeiters“ eine Art Vergnügen daran haben, hin und wieder einen Betrieb in der Deffektivität zu kritisieren; dieser Glaube ist durchaus irrig! Der Organisation und ihrer Vertreter wäre nichts erwünschter, wenn sie nur über gute Verhandlung, ausreichende Entlohnung berichten und alle Granitwerke als Arbeitsplätze mit ruhigen Gewissen den arbeitssuchenden Kollegen empfehlen könnte; daß dem leider nicht so ist, liegt gewiß nicht an uns. Deshalb schreibt auch Herr P. Burger, Ing., der Redaktion eine Verichtigung und bezieht sich auf den famosen § 11 des Pressegesetzes. Entgegenkommend, wie die Redaktion nun einmal ist, drucken wir gleich den ganzen Brief ab, obgleich die sogenannte Verichtigung nicht einmal den gesetzlichen Anforderungen entspricht und gar zum Leidwesen des Lesers auf zwei Seiten beschriebener war. Der Brief im ganzen ist ein Zeitdokument und wirklich eine Empfehlung an die Granitarbeiter, wenn sie ihren Arbeitsplatz wechseln wollen; er lautet:

„In Nr. 47 Ihrer Zeitung bringen Sie einen mit Baumholder überzeichneten Artikel, der unwahr, beleidigend und geschäftsschädigend ist. Sie haben auch im vorigen Jahre, offenbar aus derselben Quelle, einen Artikel ähnlicher Tendenz gebracht, zu dem wir uns lediglich dem Verband Deutscher Granitwerke gegenüber geäußert haben. Wir haben nun nicht mehr die Absicht, uns in dieser Weise von Ihnen durch den Schmutz ziehen zu lassen. Zunächst fordern wir Sie gemäß § 11 des Pressegesetzes auf, in Ihrer nächsten Nummer nachstehende, wahrheitsgemäße Verichtigung zu bringen:

Es ist unwahr, daß wir dauernd an der Arbeitermangel leiden. Wir haben jederzeit soviel Leute zur Verfügung, als zur Bewältigung unserer Arbeiten nötig sind.

Es ist unwahr, daß der Steinhauer Schweidler, von dem in diesem Artikel die Rede ist, ohne vorherige Erkundigungen einzuziehen, mit seiner Familie hierher gezogen ist. Schweidler hat vielmehr auf unsern Vorschlag hin circa 8 Wochen allein hier

gearbeitet, um die Verhältnisse kennen zu lernen und ist dann mit seiner Familie hierher übergesiedelt.

Es ist unwahr, daß Schweidler nur etwa die Hälfte des Stundenlohnes erhalten hat wie hiesige Maurer. Sein Stundenlohn erreichte unter Berücksichtigung der Tatsache, daß er freie Wohnung im Werk mit Wasser, monatlich 3 Zentner Kohlen und einen Zentner Holz, 1/2 Morgen Ackerland, auf dem er mindestens 30 Zentner Kartoffeln geerntet hat, Garten, Kleinviehstallung usw. hatte, mindestens den Lohn eines hiesigen Maurers.

Es ist unwahr, daß er seine Familie nicht hat durchbringen können. Er war vielmehr in der Lage, sich Anschaffungen zu machen und sogar noch Geld auf die Sparkasse zu tun, sowie Schulden in Neudorf zu bezahlen.

Es ist unwahr, daß er gekündigt bekam, weil er mehr Lohn verlangte. Er hat vielmehr selbst gekündigt.

Es ist unwahr, daß er arbeitslos ist. Er arbeitet vielmehr im Saargebiet und bezieht dort einen Tariflohn von über 700 M. (Siebenhundert Mark) pro Stunde. Er ist keine Stunde arbeitslos gewesen, da wir ihn noch zwei Tage über die 14tägige Kündigungsfrist hinaus beschäftigt haben.

Es ist unwahr, daß Arbeitslosigkeit hier in Baumholder so gut wie ausgeschlossen ist. Die hiesige Gegend bietet vielmehr für jeden Arbeiter soviel Arbeitsmöglichkeit, wie kaum eine andere in ganz Deutschland.

Wir werden die Angelegenheit auch dem Verbands Deutscher Granitwerke unterbreiten, denn es ist unerhört, daß Ihre Zeitung als Nachbatter der deutschen Steinarbeiter, die mit dem Verband Deutscher Granitwerke einen Vertrag abgeschlossen haben, gegen ein Mitglied Ihres Vertragskontrahenten derartige Artikel in die Welt setzt, ohne sich zuvor bei der Firma, die kritisiert werden soll, erkundigt, oder den V.D.G. um sein Eingreifen ersucht zu haben. Sollten Sie spätestens in Nr. 50 unsere Verichtigung nicht bereifendigt haben, müßten wir anderweite Schritte gegen Sie einleiten.

Da, es ist unerhört, daß die Redaktion nicht erst die Erlaubnis einholt, bevor etwas gedruckt wird. Im übrigen wird sich unser Gewährsmann melden, wenn er nicht mittlerweile an dem hohen Tariflohn im Saargebiet erstickt ist.

Der Reichsarbeitsvertrag für die Werkstein-, Grabmal- und Marmorindustrie erneut abgeschlossen!

Der erneuerte Tarif tritt am 31. Dezember d. J. in Kraft und gilt vorläufig auf ein Jahr. Wird der Vertrag nicht ein Vierteljahr vor seinem Ablauf von einer der Parteien gekündigt, dann läuft er stets ein Jahr weiter. Tarifkontrahenten sind die folgenden Verbände wie bisher.

Die am 8. und 9. Dezember stattgefundenen Verhandlungen gestalteten sich äußerst schwierig. Unsere beiden Hauptforderungen, allgemeine Einführung der Zeitlohnarbeit und Einführung der 42stündigen Arbeitswoche für die Sandsteinarbeiter, scheiterten an dem heftigsten Widerstand der Unternehmervertreter. Auch die Ferien erfuhren trotz des nachdrücklichen Einwirkens unserer Kommission nur eine unwesentliche Verbesserung. Der Grabmal-Gewerksverband hätte die Ferien am liebsten wieder befristet, wobei ihm die übrigen Verbände des Reichsverbandes gewiß ihre Hilfe geliehen hätten, wenn sie nicht von der Auslosigkeit eines solchen Beginns überzeugt gewesen wären.

Gegenüber dem durchweg ablehnenden Verhalten der Unternehmer muß es als Erfolg angesehen werden, daß es uns gelang, die Garantierung des Lohnes bei Unfortdauer von 80 Prozent auf mindestens 90 Prozent zu erhöhen, womit gesagt ist, daß es die Bezirke bzw. Orte jetzt in der Hand haben, eine höhere Garantierung festzusetzen, wozu sich beim Abschluß oder bei der Erneuerung von Orts- oder Bezirksverträgen unter Zugrundelegung des Reichsarbeitsvertrages die beste Gelegenheit bietet.

Ferien werden in Zukunft gewährt: nach einjähriger Betriebszugehörigkeit 3 Tage, nach zweijähriger 4 Tage, nach dreijähriger 5 Tage und nach mehrjähriger Tätigkeit 6 Tage, vorausgesetzt, daß im Vorjahre unter Zugrundelegung der 42stündigen Arbeitswoche mindestens 2000 (bisher 2100) Arbeitsstunden geleistet wurden. Ausfälle infolge Krankheit sowie Schwächen, die im Einverständnis mit der Betriebsleitung nicht geleistet werden konnten, werden angerechnet. Die Vergütung von 2 Stunden für den vollgearbeiteten Monat wird in Zukunft auch auf die freiwillige Vollerleistung ausgedehnt, wenn Kurzarbeit der Grund der Kündigung ist.

Eine Verbesserung hat auch der Absatz 4 unter § 5 „Entlohnung“ erfahren, indem dieser nunmehr auf alle unter dem § 616 des V.D.G. entfallenden Fälle Anwendung findet. Der bisherige Absatz 7 des § 5, welcher besagte, daß Lohn nur für wirklich geleistete Arbeitszeit bezahlt wird, wurde gestrichen, um die daraus bereits entstandenen Streitfälle hinsichtlich des § 616 in Zukunft zu vermeiden.

In den Orts- bzw. Bezirksverträgen ist eine Bestimmung aufzunehmen, die besagt, daß eine Entlohnung gezahlt werden muß, wenn unangünstige Witterungsverhältnisse oder sonstige Betriebsstörungen zu Arbeitsunterbrechungen führen.

Schlichtungsordnung und Regelungswesen wurden zur besonderen Beratung verlagert, sie sollen dem Reichsarbeitsvertrag als Bestandteile angegliedert werden. Sobald das geschehen ist, wird der abgeschlossene Vertrag in Druck gegeben, damit die Abschlüsse von Orts- und Bezirksverträgen beschleunigt werden können.

Tarifbestellungen sind unverzüglich an den Verbandsvorstand einzureichen, damit wir eine Übersicht über die benötigten Exemplare gewinnen.

Den Orts- und Bezirksverwaltungen liegt nach wie vor die Pflicht ob, ihre örtlichen und bezirkslichen Tarife dem Reichsarbeitsvertrag anzupassen und nach Möglichkeit über ihn hinausgehende Verbesserungen anzustreben.

Nochmals die Beitrags- und Karenzzeitfrage. (Z. S.) Meine in Nummer 47 gemachten Ausführungen haben zu einigen Mißverständnissen geführt. Ich wollte vor allem bezüglich der Beitragsmarkenbestellung nicht vorschlagen, daß der Markenverschleiß durch die Galleitungen vorgenommen werden soll, sondern nur, daß die von den Ortsklassierern an die Zentralkasse gehenden Markenbestellungen durch die Hände der Galleiter laufen sollen, um diesen die Möglichkeit zu geben, eventuell minderwertige, dem Stundenlohn nicht entsprechende Bestellungen zu berücksichtigen. Der Galleiter büßte jedenfalls mehr Ueberflüssigkeit und Gelegenheit haben, derartige Minderwertigkeiten vorzunehmen und wenn nötig, auch zu betreten. Gewiß ist es eine Mehrbelastung für die Galleiter, diese müßte eben noigebrungen noch getragen werden und im Interesse des Verbandes würde sie ertragen. Den Markenverschleiß an die Galleiter zu geben, wäre unsinnig. — Der Kollege aus Schupbach meint nun, ich wäre von städtischen Verhältnissen allein ausgegangen. Nein, ich kenne sicherlich auch die ländlichen Verhältnisse, da ich lange Jahre ebenfalls sehr verzweigte Zahlstellen geleitet habe. Bei gutem Willen läßt sich vieles machen. Gilt es, irgendwelche den Kollegen zumutende Beschlüsse oder sonstiges, kein Opfer erforderes Vorzugehen zu bestimmen, finden sich immer und überall Wege, die nach Kom führen. Nur wenn das leidige Beitragszahlen oder Wirtarbeit in Frage kommt, erheben mancherlei Bedenken. Lieber Kollege, aus deinen Zeilen leuchtet eine vollkommene Verkennung der Wirklichkeit. Der Kampfgeist alleine tut es nicht, auch wenn ihr schon einmal mit geringer Unterstützung gestreift habt. Auch andere haben schon gestreift und vielleicht schon vor Jahrzehnten, haben also auch Erfahrung und vielleicht etwas Kampfesgeist. Aber ist nicht doch seit kurzer Zeit eine wesentliche Verschiebung der Kampffronten eingetreten. Ist es noch heute möglich, was früher üblich war, nämlich daß man bei unzureichender Unterstützung die Landstrasse wählen oder in andere Arbeit untertauchen konnte, ist es noch möglich, von reservierten Spargroschen kurze Zeit zu fristen, oder sind nicht alle früheren Wege verschüttet gegangen? Mag

sein, daß ein kleiner Teil der Kollegen, der zu Hause eine eigene kleine Scholle hat, sich auch heute oder gar erst heute noch über einige Kampfwochen hinwegsetzen kann, was beginnt aber der andere Teil, der heute von der Hand in den Mund lebt? Lieber Kollege, kennst du die Ausgaben großer Kollegenkreise für Kohle, Miete, Wasserzins, Kanalgebühren, Gas oder Strom, kennst du den Tagespreis für Holz, Kartoffeln, Gemüse, Brot, Mehl usw.? Machen wir uns nichts vor! Sind auch die Tagespreise auf dem Lande mitunter ebenso hoch wie in den kleineren oder größeren Städten, so gibt es doch viele Möglichkeiten, sich vorher einzudecken oder durch sonstige Gelegenheiten etwas Luft zu machen. Gewiß erfordert das wieder Mehrarbeit, aber wer würde das nicht ebenso gerne machen, wenn die Verhältnisse es ermöglichen? Auch keine Bemerkung über die vier Schnapschen stimmen leider nicht, aber es soll mich freuen, wenn sie für deinen Bezirk das richtige treffen. Was über Bildungsfragen gesagt wird, mag richtig sein, nur steht es auch dabei so, daß besonders die ländlichen Kollegen nur Interesse zeigen, wenn Lohnzulagen zu besprechen sind. Eine diktatorische Überheißung aber schon gar nicht, war und bin nur der Meinung, daß Kollegen, die nur immer fordern wollen ohne auch an Gegenleistungen zu denken, für das Handeln des Verbandes nicht maßgebend sein können und falls sie auf eine Zumutung eines besonderen Beitrages zum Kampffonds abspringen, keinerlei Rücksicht hinterlassen. Die Meinungen der Kollegen will ich nicht umfäutieren, sondern durch Gegenäußerungen verbessern. Ich würde es sehr begrüßen, wenn nicht der Gesamtvorstand, sondern der Beirat zur Sache auf schnellstem Wege Stellung nehmen würde. Einmalig von nachträglichen Unannehmlichkeiten würde dadurch m. E. vorgebaut werden. Ob Kampffondsarbeiten oder einige Wochen doppelte Beiträge, bleibt sich schließlich egal, ich halte erstere aus dem Grunde für zweckmäßiger, weil deren Verwendung leichter zu übersehen, festzustellen und dadurch die sich daraus ergebenden Nachteile auf die vorläufige Karenzzeit in der Uebergangszeit ablenken ließe. Jedenfalls ist es erfreulich, daß alle Teile die Notwendigkeit einer Änderung einsehen und von der Einsicht zur Tat wird, hoffentlich kein weiter Weg mehr sein. Ich denke mir allerdings, daß das neue Jahr schon die neue Einführung bringen muß, wenn wir nicht zu spät kommen wollen. Es bereiten sich schwere Kämpfe vor, zeigen wir uns denen schon gewachsen, indem wir uns darauf einstellen und rüsten! Der Worte sind genug, nun laßt die Taten folgen! — (Redaktion: Das letztere ist bereits geschehen durch den Beschluß der gesamten Verbandsleitung. Siehe „Steinarbeiter“ Nr. 50.)

Aus der Schleifergewerkschaft. Nimmt man den „Steinarbeiter“ zur Hand, liest man Beitragserschöpfung, nie findet man einen Vorschlag für einigermaßen der Zeit entsprechende Entlohnung. Wie soll man höhere Beiträge bezahlen, wenn man Wochenlöhne als Familienlohn mit drei bis fünf Kindern von 4000 Mark verdient? Weihnachten vor der Tür und keine Aussicht auf Verbesserung. Der letzte Aufbesserungstermin, der 7. Dezember, ist vorüber und von keiner Seite Nachricht, daß neue Forderungen eingegeben worden sind. Wie lange sollen diese Zustände noch anhalten? Ist es unseren Arbeitgebern nicht möglich, die Arbeiter einigermaßen mit dem Lebensnotwendigen zu bezahlen? Zwanzig Mark in Gold verdient jeder einigermaßen arbeitende Kollege als Wochenlohn vor dem unglücklichen Kriege; heute 4000 Mark gleich 4 Mark gegen früher; von diesem soll er nun seinen Lebensunterhalt beschaffen und Lebenskraft zur Arbeit besitzen; sich Leiden, die Familie ernähren, Feuerung schaffen. Ein Paar Schuhe besaßen kosten 4500 Mark. Also einen Wochenlohn; wo bleibt die Wagenfrage? Wir fordern: kein Mittel unversucht zu lassen, gleichzeitig das Arbeitsministerium zu benachrichtigen, um bessere Entlohnung herbeizuführen. Versammlungen zu besuchen, ist aus finanziellen Gründen unmöglich, wo 100 Mark für ein Glas Bier hernehmen? Wie kommt es, daß der Werkstathtarif 80 Mark Stundenlohn mehr darstellt als der Schleifertarif? Allerdings auch zu niedrig. Wie lange soll das noch anhalten? So wie zur Zeit die Zustände herrschen, ist der Reichslohntarif als veraltet anzusehen, und wir müssen neue Mittel und Wege finden, um nicht alle Opfer der Verhältnisse zu werden.

Salle. Zur Beitragsfrage. Der letzte Verbandstag hatte endlich wieder als Beitragsfrage einen Stundenlohn beschlossen und schon längst war es im Interesse aller Kollegen zur Erlämpfung besserer Lohnverhältnisse notwendig gewesen, die Beiträge in dieser Form zu leisten. Mehrmals ist im „Steinarbeiter“ darauf hingewiesen worden und die älteren Verbandskollegen wissen, daß früher mehr als ein Stundenlohn dem Verbandsgeopfert werden mußte.

Nun kommt aus allen Ecken die Mitteilung, daß der Verbandstagsbeschlusse auf Widerstand stößt und Beispiele werden angeführt, wo die Beitragsbrüder und Indifferentismus in höchster Blüte steht. Als Gründe werden angeführt Karenzzeit und niedrigere Unterstützungssätze. Der Hauptgrund aber ist der und das muß einmal offen ausgesprochen werden, weil wir als Verband nicht verstanden haben, unsere Löhne den wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Wenn der Verbandstag den richtigen Weg der Beitragsleistung fand, so war es auch seine Aufgabe, Wege zu zeigen zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Lage. Mit der bisher geleisteten Taktik sind wir soweit gekommen, daß wir, gestützt auf Unterstützungen, nicht mehr kämpfen können. Wir sind auf die Schicksalsprüche der Tarifämter angewiesen. Von einer Lohn-erhöhung zur ändern steigen die Lebensunterhaltungskosten auf 100 Prozent, die Löhne um höchstens 30 bis 40 Prozent. Wenn nun die Stundenlöhne 3- bis 400 Prozent im Verhältnis zu den Lebensunterhaltungskosten der Vorkriegszeit nachhinken, so kann man den pessimismus der Kollegen gegen den Verbandstagsbeschlusse begreifen. Ob nun die Verkürzung der Karenzzeit das alleinige Mittel sein soll, durch Kampf bessere Lohnverhältnisse zu erzwingen, bezweifle ich; denn bei dem Fortschreiten dieser Geldwertverwertung und des damit verbundenen weiteren Sinkens des Reallohnes kommt es soweit, wenn wir es nicht verstehen, andere Kampfmittel anzuwenden, daß wir trotz erhöhter Beiträge und Verkürzung der Karenzzeit auch dann nicht mehr in der Lage sein werden, überhaupt Kämpfe zu führen. Der modernisierte Kapitalismus kann nur mit modernen Kampfmitteln bekämpft werden, das ist die geschlossene Front des V.D.G. Es ist müßig, heute noch die Frage aufzuwerfen, was hat der V.D.G. gegen die Verelendung des Proletariats getan? Die Frage steht heute so zur Entscheidung. Wollen wir den Weg der bisher geleisteten Taktik „Klassenversöhnung“, also weiteres Versinken ins Elend beibehalten oder den Weg des konsequenten „Klassenkampfes“ beschreiten? Der bedeutet Kurzschluß mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Die Entscheidung dürfte für die Kollegen nicht schwer sein.

Demis-Thumit. In der letzten Mitgliederversammlung verlangte vor Eintritt in die Tagesordnung Kollege Sieber, daß sich der zweite Vorsitzende über seine Gewerkschaftsversammlungen äußern solle. Zugleich wurde ein Antrag eingereicht, den zweiten Vorsitzenden, Kollegen Petzner, aus der Ortsverwaltung zu entfernen. Die Ausprache war sehr lebhaft, der erwähnte Antrag wurde mit ziemlich 2/3-Majorität angenommen. Der erste Vorsitzende trug ab dann die Abrechnung vom 3. Quartal vor und wurde ihm Entlohnung erteilt. Ueber die wirtschaftliche Lage und die Lohnverhandlungen gab der Vorsitzende Kollege Stadler Bericht. Die Beitragsfrage und andere statistische Aufgabungen wurden der Plakattiererei und der Ortsverwaltung überlassen. Ein Antrag von Stadler, daß eine Beitragsverteilung wegen Herabsetzung der Karenzzeit bei Streit stattfinden soll, fand Annahme. Zum Schluß der Versammlung legte der Schriftführer sein Amt nieder.

Breslau. Am 30. November fand im Gewerkschaftshause eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt, zu der auch der Galleiter erschienen war. Mit der Tagesordnung: Lohnfrage, Beitrags-erhöhung, Unterfütterung und Verschönerung. Im ersten Punkt gab der Vorsitzende die festgelegten Löhne für Monat Dezember bekannt. Dann kam die von den Unternehmern zugesandte Kündigung über das Beschluskommen vom 24. Juli zur Sprache. In einer lebhaften Debatte kam die Entlohnung der Versammlung zum Ausdruck. Der Kündigungspassus ist zu unrecht in das Lohnabkommen gesetzt worden, was energigsten Protestes der damaligen Lohnkommission und darauf folgender Zahlstellenversammlung. Im zweiten Punkt Beitragserschöpfung stand der Artikel des „Steinar-

Rundschau.

beiters" in Nr. 47 zur Aussprache. Die Redner kritisierten das laue und niedrige Beitragszahlen einzelner Zahlstellen. Folgende Resolution wurde angenommen:

„Die am 30. November in Breslau tagende gutbesuchte Zahlstellenversammlung erörterte unter anderem auch die momentan sehr aktuelle Frage Beitragsleistung, Karenzzeit und Streikunterstützung. Insbesondere wird zu den in Nr. 47 des „Steinarbeiters“ unter A. E. gemachten Ausführungen und den hierzu durch den Gauleiter mündlich gemachten Erläuterungen Stellung genommen.“

Die Kollegen sind erlautet und entkräftet, daß es zur Zeit Zahlstellen bzw. eine große Anzahl Mitglieder gibt, die sich dauernd von der Entziehung des statutarischen Beitrages, d. h. eines Stundenlohnes pro Woche brüden. Es ist klar ersichtlich, daß hierdurch nicht nur die betr. Kollegen allein zu leiden haben, sondern vor allem der Gesamtverband Schaden leiden muß. Die Versammlung hält es im Interesse der gesamten Kollegenchaft des Verbandes für unbedingt notwendig, daß hierin schnellstens Wandel geschaffen wird, wenn nicht anders, dann durch eine Regelung, wie sie in oben angezogenem Artikel in Vorschlag gebracht wird.

Mindestens ebenso wichtig und wertvoll wird es sein, wenn auch bezüglich der Karenzzeit eine Aenderung auf schnellstem Wege beschloffen wird, damit unsere Organisation nicht jegliche Kampffähigkeit verliert. Auch in diesem Punkt scheint der Versammlung die in Nr. 47 vorgeschlagene Form gangbar.

Die Hauptsache für den Augenblick ist, daß der Zentralvorstand so schnell wie irgend möglich, eine eventuelle erweiterte Beitragsleistung einberuft, um zu diesen dringenden Fragen Stellung zu nehmen.

Die Versammlung fordert deshalb den Zentralvorstand auf, ohne langes Zaudern entsprechende Schritte einzuleiten. Noch ist es Zeit, uns für das kommende Jahr zu rüsten, um nicht vollkommen unter den Schlitzen zu kommen. Kein Kollege dürste sich weigern, Opfer zu bringen, wenn es heißt, damit die alte Kampfkraft und Kampffähigkeit wieder herzustellen, um allen kommenden Geschwehnen gewachsen zu sein. Mit dieser zugleich wird auch die Organisationsarbeit und das Zusammengehörigkeitsgefühl wieder mehr aufleben und so das ganze Verbandsleben neu kräftigen.“

Wegen vorgeschrittener Zeit wurden die letzten Punkte nicht eingehend genug behandelt. Nachdem noch einige örtliche Sachen erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Steinach. Zum Streit bei der Firma A. Kleinert und Sohn (Schieferwerk Heynsberg-Steinach). Seit dem 6. November 1922 stehen 15 Kollegen wegen Lohnunterschieden im Streit. Die Firma weigerte sich, einen Stundenlohn von — 105 M. zu bezahlen. Arbeitswillige haben sich bisher nicht gefunden. Seit acht Tagen läuft jetzt wieder der Motor und von Augenzeugen wird berichtet, daß Herr Reutnant Kleinert und Onkel Monkwitz selbst den Betrieb aufrecht erhalten und Platten anfertigen. Schade um das viele Öl, das der Motor verbraucht. Oder probieren die Herren nur aus, wieviel pro Woche herzustellen ist und wie teuer jede Platte kommt? Recht so, Ihr Herren! Arbeit schändet nicht! Doch glauben wir, daß die Bestehungslohn doch bedeutend höher sind als vor dem. Die Kollegen haben alle anderweitig Arbeit gefunden. Für die organisierte Arbeiterschaft aber gilt weiter die Losung: **Reißet den Betrieb!**

Duisburg. Die Versammelten legten Protest ein gegen die Schriftleitung des „Steinarbeiters“, weil die Resolution vom 29. Oktober d. J. teilweise gestrichen wurde. Unerklärlich war es den Versammelten, daß gerade der Hauptgrund nicht veröffentlicht wurde, der vorwiegend gewerkschaftliche Angelegenheiten behandelte. Es wurde gefordert, in Zukunft nicht nur den politischen Teil im Bericht aufzunehmen, sondern vorwiegend den gewerkschaftlichen, der für uns von weit größerer Wichtigkeit ist, in den Vordergrund gestellt zu werden. Es erweckt den Anschein, als ob die in der Resolution verfaßten Ansichten betr. Goldlöbne, den Kollegen vorkommen werden sollten. (O. nein! Nur die Ränge! Red.) Ferner wünschten die Kollegen Verfürgung der Karenzzeit (betr. Streikunterstützung) auf vier Wochen. Die Beitragsleistungen steigen monatlich auf Anordnung der Zentrale und somit fühlen die Kollegen sich berechtigt, zu fordern, daß die monatliche Karenzzeit durch Beschluß oder durch Urabstimmung festgelegt wird. Wenn wir uns als Kampfsorganisation betrachten wollen, was für die Zukunft von sehr großer Wichtigkeit sein wird, so müssen wir bestrebt sein, gerade das Gebiet des Kampfes auszubauen, dazu gehört ja auch in erster Linie ein Stundenlohn pro Woche dem Verband und eine monatliche Abführung der Beitragsleistungen an die Zentrale.

Wirtschaftliche und soziale Wochenchau.

(W. W. W.) Die unklare außenpolitische Lage hat wesentlich dazu beigetragen, die Störungen und Schwierigkeiten auf verschiedenen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens zu vermehren und zu verstärken. Geradezu katastrophal gestalten sich die Verhältnisse am inländischen Geldmarkt. Die Geldknappheit verschärft sich von Woche zu Woche und wirkt bereits sehr ungünstig auf die Versorgung Deutschlands mit den notwendigen Rohstoffen, Getreide usw. zurück. Dementsprechend haben sich auch die Umsätze am Devisenmarkt beträchtlich verringert. Die schwache Haltung des Dollarkurses an den deutschen Börsen steht überhaupt in engstem Zusammenhang mit der Geldmarktfrage. Während nämlich auf der einen Seite Industrie und Einfuhrhandel nicht wissen, wie sie die Rohstoffkäufe im Ausland bei den jetzigen hohen Preisen finanzieren sollen, sehen sich andererseits die Devisenhamster genötigt, aus ihren Beständen ausländische Zahlungsmittel zu verkaufen, um dadurch inländisches Papiergeld zu beschaffen, dessen sie zur Bezahlung von Löhnen, Unkosten usw. bedürfen. Hieraus ergibt sich vorläufig ein gewisser Druck auf den Kurs des Dollars und der anderen fremden Zahlungsmittel. Natürlich spielt hierbei auch die Hoffnung auf das Zustandekommen größerer Anleihen eine gewisse Rolle. In führenden Wirtschaftskreisen wird der offenkundige Mißerfolg Poincarés in London lebhaft erörtert und mit einem Tendenzumschwung der französischen Politik gerechnet. Man glaubt, daß Frankreich bei den weiteren Verhandlungen über die Frage der Reparationen und des Moratoriums offiziell auf die Politik der militärischen Sanktionen Verzicht leisten werde, um vor allem einer aktiven Beteiligung Amerikas an den kommenden Konferenzen die Wege zu ebnen. Solange jedoch alle diese Fragen nicht geklärt sind, wird man weiter mit einer starken Zurückhaltung der Unternehmungskraft in Handel und Wandel zu rechnen haben. In der ersten Dezemberhälfte hat sich bereits die Lage des deutschen Arbeitsmarktes nach den Berichten der Landesämter weiter verschlechtert. Die Zahl der Arbeitsuchenden wurde verstärkt durch fortgesetzte Entlassungen und Betriebseinschränkungen, besonders in mittleren und kleineren Unternehmungen, sowie auch durch Eintritt von Kleinrentnern und andern früher selbständigen Angehörigen des Handwerks und des Mittelstandes. Die an sich besonders ungünstige Lage für weibliche Arbeitskräfte wurde verschiedentlich auch durch größere Entlassungen weiblicher Hilfskräfte von Behörden beeinflusst. In verschiedenen Rängen wurde ein stärkerer Andrang zu hauswirtschaftlichen Stellen beobachtet. In der Industrie gefallt sich die Unterbringung weiblicher sowie ungelerner männlicher Arbeitskräfte immer schwieriger. In dem Steigen der Arbeits- und Erwerbslosenziffern kommt das besonders zum Ausdruck. Im Zeichen stark sinkenden Beschäftigungsgrades stehen vor allem die Textil-, Tabak- und Schokoladenindustrie sowie die meisten Saisongewerbe und fast alle mittleren und kleineren Betriebe der Metallverarbeitung. In verschiedenen andern Branchen haben zwar des bevorstehenden Weihnachtsgeschäfts und der Jahresabschluss die Nachfrage nach Arbeitskräften etwas belebt, doch blieben die Anforderungen hinter denen früherer Jahre zurück. Ueber eine verhältnismäßig günstige Geschäftslage wird von einzelnen Exportindustrien (Spielwaren, Glas, Porzellan) berichtet, die zum Teil noch mit Überstunden arbeiten. Im allgemeinen sind jedoch die Aussichten am deutschen Arbeitsmarkt wenig erfreulich.

Gewerkschaftliches. Zum Streit in Ludwigshafen.

Vom Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter wird uns geschrieben: Der Streit in der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen wird von der kommunistischen Presse dazu benutzt, eine nicht zu überbietende Heße gegen die Gewerkschaften zu inszenieren. Lügen und nochmals Lügen müssen dazu dienen, um Verwirrung in die Reihen der in Betracht kommenden Arbeiterchaft zu tragen. So wird in der „Roten Fahne“ (Abendausgabe vom 11. Dezember) berichtet, daß am 9. Dezember die Vertreter der Hauptvorstände des Fabrikarbeiter- und des Metallarbeiterverbandes beschlossen hätten, ihren Mitgliedern Arbeitslosenunterstützung zu zahlen. Der Hauptvorstand obengenannten Verbandes erklärt, daß an dem Tage keine Sitzung der Vertreter der Hauptvorstände der beiden Verbände stattgefunden hat und daß die Notiz der „Roten Fahne“ eine aus den Fingern gefundene Lüge ist. Der Hauptvorstand des Fabrikarbeiterverbandes ist gar nicht gewillt und auf Grund der Verbandsstatuten sowie der Richtlinien des DGB, nicht befugt, für einen wilden, ohne Befragen der Gewerkschaftsinstanzen begonnenen Streit irgendwelche Mittel zur Verfügung zu stellen. Alle entgegenstehenden Meinungen sind nur darauf berechnet, der Öffentlichkeit glauben zu machen, als ob die Gewerkschaften sich unter das laudinische Joch der kommunistischen Partei begeben hätten.

Wie wir noch kurz mitteilen können, soll am Sonnabend, dem 16. Dezember, in später Abendstunde durch Vermittlung der badischen Regierung der Streit beigelegt sein; die Bedingungen selbst sind uns beim Niederschreiben noch nicht bekannt. Ausgeschlossen ist es nicht, daß die Direktion ihre Nachstellung, die ihr durch die alten gewerkschaftlichen Gepflogenheiten schon sprechende Taktik der Kommunisten im dortigen Werk wesentlich gestärkt wurde, ähnlich ausnützt, wie zum Beispiel in dem bekannten Leuna-Werk bei Halle. Auf den Streikauflang und -Ausgang kommen wir gelegentlich noch zu sprechen.

Staatliche Erwerbslosenunterstützung. Am 20. November ist eine Erhöhung der Unterstützungsätze für Erwerbslose eingetreten. Obwohl eine Vereinfachung der Sache eintrat, haben sie mit der ungeheuren Selbstentwertung nicht Schritt gehalten. In der höchsten Ortsklasse erhält ein männlicher Erwerbsloser über 21 Jahre täglich 140 M., sofern er im Haushalte eines andern lebt, nur 100 M. Ein beehrter Erwerbsloser erhält zusammen mit der Zusatzunterstützung für die Frau täglich 205 M., hat er zwei Kinder, so erhält er täglich 305 M. oder wöchentlich 1830 M. Mit diesen Beträgen ist nicht auszukommen. Die in Frage kommenden Reichsministerien beraten zur Zeit über eine weitere Erhöhung der Unterstützungsätze, so daß mit einer baldigen Erhöhung gerechnet werden darf.

Die neuen Postgebühren.

vom 15. Dezember gültig: Für Postkarten im Ortsverkehr 5 M., Fernverkehr 15 M.; für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gramm 10 M., über 20 Gramm bis 100 Gramm 15 M., über 100 bis 250 Gramm 20 M.; für Briefe im Fernverkehr bis 20 Gramm 25 M., über 20 bis 100 Gramm 35 M. — Für nicht oder unzureichend freigemachte Postkarten und Briefe wird das Doppelte des Fehlbetrages, mindestens aber ein Betrag von 50 Pf. nachgehoben. — Für Drucksachen bis 25 Gramm 5 M., über 25 bis 50 Gramm 10 M., über 50 bis 100 Gramm 15 M., über 100 bis 250 Gramm 25 M. usw. — Für Ansichtskarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Höflichkeiten mit höchstens fünf Worten niedergeschrieben sind, 5 M. — Für Gesellschaftspapiere und Mitteilungen bis 250 Gramm 25 M., über 250 bis 500 Gramm 35 M., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 45 M.; für Warenproben bis 250 Gramm 25 M. — Für Päckchen bis 1 Kilogramm 50 M.; für Pakete bis 5 Kilogramm Rahzone 125 M., Fernzone 250 M. — Für Postanweisungen bis 100 M. 12 M., über 100 bis 200 M. 20 M., über 200 bis 500 M. 30 M., über 500 bis 1000 M. 40 M., über 1000 bis 2000 M. 50 M., über 2000 bis 5000 M. 60 M. — Für Rohrpostsendungen: die Rohrpostkarte 40 M., den Rohrpostbrief 50 M. Die Einschreibgebühr ist auf 20 M., die Vorzeigebühr für Nachnahmen und Postaufträge auf 12 M. festgesetzt. Für bar eingezahlte Zahlkarten bis 100 M. einschl. 6 M., über 100 bis 200 M. 10 M., über 200 bis 500 M. 15 M., über 500 bis 1000 M. 20 M., über 1000 bis 2000 M. 25 M., über 2000 bis 5000 M. 30 M. — Im Telegraphenverkehr sind die wichtigsten Gebühren für Ferntelegramme: Grundgebühr 40 M. und außerdem für jedes Wort 20 M.; für Drähtelegammme: Grundgebühr 20 M. und außerdem für jedes Wort 10 M. — Die Auslandsgebühren betragen vom 15. Dezember ab: für Postkarten 50 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei 40 M.; für Briefe bis 20 Gramm 80 M., jedoch nach Ungarn und Tschechoslowakei bis 20 Gramm 60 M.

Quittung

über eingegangene Gelder vom 25. November bis 16. Dezember. Leipzig 30 000.—, Düsseldorf Inf. 100.—, Wildemann 10 000.—, Nachelshausen 5000.—, Oberaula 20 000.—, Metten 30 000.—, Mauer 4645.—, Gedholzhausen 14 000.—, Düsseldorf 10 000.—, Burgschwalbach 9955.50, Eigelberg 300.—, Jüßha 5250.—, Geyer 5600.—, Gummersbach 215 752.95, Gemünden 4500.—, Hölzenhausen 8236.—, Mayen 85 000.—, Pölla 7376.50, Schwabach 30 000.—, Stuttgart 10 000.—, Wahnitz 6000.—, Wajlein 8000.—, Lutter 14 000.—, Kößig 15 000.—, Erfurt 20 000.—, Breitenborn 30 000.—, Wäntorf 10 000.—, Brandenburg 2200.—, Aue 5000.—, Forst 1572.—, Stadtilm 1600.—, Chemnitz 10 000.—, Weistheim 10 800.—, Eiterhagen 15 000.—, Edenstetten 10 000.—, Flonheim 10 000.—, Homberg 16 000.—, Königsberg 10 000.—, Minden 870.—, Mainz 10 000.—, Neustadt i. Odw. 2000.—, Nitrib 5000.—, Solingen 5454.—, Stade 10 000.—, Striegau 149.—, Steeden 5000.—, Weiler Wb. 2000.—, Marienburg 320.—, Ringelheim 320.—, Memmingen 803.—, Osnabrück 20 000.—, Maulbronn 10 000.—, Böbeim 28 000.—, Kelheim 10 000.—, Kaiserlautern 20 000.—, Hof 3000.—, Gembsbach 140 000.—, Gundersheim 21 000.—, Greiz 4248.—, Fehrenbach 20 000.—, Eschbach 6998.40, Eßershausen 3433.10, Dietrichheim 10 000.—, Darmstadt 10 000.—, Würzburg 200.—, Dresden-Pirna 200 000.—, Altleiningen 3000.—, Gäßlich 32 000.—, Hölzenhausen 354.—, Spillingen 5050.—, Lankerbach 10 000.—, Spredhövel 10 000.—, Selb 4000.—, Rariß 557.—, Bergedorf 1329.—, Hlensburg 495.—, Tangermünde 560.—, Werries 1300.—, Stadtilm 720.—, Westerbe 17 000.—, Wunzibell 16 000.—, Paiten 4578.20, Königsbrück 40 000.—, Verghahn 15 000.—, Bad Aibling 2800.—, Frankfurt a. M. 25 000.—, Kirchenlamitz 30 000.—, Lüntebach 33.—, Nürnberg 35 000.—, Ober-Weßingen 4937.—, Solnhofen 25 000.—, Thömschke 210.50, Rendsburg 2852.—, Tangermünde 1000.—, Weißwasser 1000.—, Stellingen 300.—, Gelling 650.—, Grafenhausen 350.—, Memmingen 836.—, Ninderbüßen 17 000.—, Ofterode 10 000.—, München 30 000.—, Niegitz 5000.—, Halle 20 000.—, Weising 5000.—, Fehlf-Rißhausen 7000.—, Frankfurt a. Oder 5238.—, Eberbach Wb. 990.40, Verbnurg 20 000.—, Breslau 25 000.—, Bremen 50 000.—, Aaleben 48 000.—, Contwig 1460.—, Homberg 20 000.—, Mühlhausen 19 600.—, Münster 5000.—, Mannheim 30 000.—, Neberlamitz 15 000.—, Rensschmühle 5000.—, Rößdorf 38 783.80, Saalburg 25 000.—, Stettin 20 000.—, Wirsberg 15 000.—, Schwarzenbach 140.—, Landstuhl 1089.—, Jöblich 40 000.—, Riefa 13 000.—, Herzogswaldau 80.—, Bergedorf 52.—, Gäßlich 2200.—, Würzburg Inf. 72.—, Treuchtlingen 12 000.—, Schwarzenbach 21 875.—, Mayen 85 000.—, Marktbreit 42.—, Lönndorf 10 000.—, Ramen 160 000.—, Gäßlich 60 000.—, Gr.-Rungenberg 60 000.—, Elzweiler 29 000.—, Craisheim 20 000.—, Bonn 1838.—, Braunlage 27 375.—, Bennigsen 1000.—, Alfenz 10 000.—, Queckhorn 8175.—, Högburg 125 000.—, Oberwieseln 10 000.—, Buchhorn 10 000.—, Seebach 20 000.—, Thonau 14 000.—,

Belppe 16 460.80, Weilers 18 000.—, Brandenburg Inf. 71.—, Angern 340.—, Schwerin 1050.—, Leipzig 40 000.—, Theuma 10 811.60, Hannover 20 000.—, Weidesheim 30 000.—, Altharshau 366.—, Würth 12 168.—, Altinglan 20 000.—, Weidesbach 35 000.—, Weßlingen 5000.—, Ebergöns 20 000.—, Fürstentw. 15 000.—, Gembsbach 60 000.—, Häßbach 40 000.—, Langenaubach 6000.—, Nieberlinda 15 700.—, Nieberamtstadt 25 000.—, Oberwieseln 437.40, Rarhim 30 000.—, Volkmarfen 7674.—, Freiburg Wb. Inf. 262.—, Bödingen 2860.—, Wächtersleben 783.—, Arnstadt 1791.—, Dreßlau 1200.—, Wplau 704.—, Stadtilm 400.—, Würzen 50 000.—, Sträbel 55 000.—, Saalfeld 5000.—, Grimma 70 000.—, Greiffenberg 14 000.—, Duisburg 10 000.—, Chemnitz 20 000.—, Gumlofen 570.—, Frankfurt a. M. 100.—, Sprendlingen 65.—, Bad Lausitz 1800.—, Reichenbach i. R. 1080.—, Raumünzsch Inf. 72.—, Rangenmünde Inf. 72.—, Bielefeld 20 000.—, Bischofsgrün 250.—, Cöln I 20 000.—, Dessau 10 000.—, Hamburg 80 000.—, Gäßlich 32 000.—, Hoffeld 13 000.—, Königsberg 15 000.—, Kalkenrothheim 25 000.—, Langensalza 40 000.—, Linz 20 000.—, Rahr 10 000.—, Neumarkt 7000.—, Osterholz 40 000.—, Ober-Widdersheim 7000.—, Reiffenhausen 12 000.—, Viereth 22 750.—, Weßfelsen 12 152.—, Würzburg 110 000.—, Weiler Wb. 1000.—, Rühmannsfelden 20 000.—, Raumünzsch 20 000.—, Quentel 5500.—, Maulbronn 12 000.—, Langenaltheim 30 000.—, Gunzwinkel 7280.—, Fehlf-Rißhausen 15 000.—, Vobershausen 25 000.—, Ortrand Inf. 120.—, Bad Lausitz 1700.—, Singen 1600.—, Annaberg 1235.—, Dobrilug 710.—, Altenhain 50 000.—, Demitz 300 000.—, Altleiningen 3500.—, Altengronau 10 000.—, Doffenheim 21 460.—, Dreißhausen 6000.—, Kaiserlautern 30 000.—, Karlsruhe 30 060.—, Klein-Steinhelm 15 000.—, Niegitz 5000.—, Reinerzreuth 18 000.—, Spröck 280.—, Uckerath 9000.—, Belppe 8400.—, Fallerleben 2060.—, Oberneukirch 470.—, Jagtfeld 500.—

Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

In der nächsten Nummer des „Steinarbeiters“ werden die neuen Bestimmungen des Statuts abgedruckt. Der Vorstand weist jetzt jetzt darauf hin, um die Aufmerksamkeit der Mitglieder darauf zu richten. Die Bestimmungen sind sorgfältig aufzuheben. Auf die vielen Anfragen, wieviel von den höheren Beiträgen den Zahlstellen verbleibt, geben wir bekannt, daß der Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen nach wie vor 20 Prozent beträgt, gleich ein Fünftel der Lokalkasse und vier Fünftel der Hauptkasse. Ferner ist zu beachten, daß am Sonnabend, dem 23. Dezember, der 51. Wochenbeitrag fällig ist.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Asbach (Odw.). Das Mitgliedsbuch Nr. 38 451 für Regnard Seibert, geboren 9. November 1899 zu Steinau, ist abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt!

Peter Erbelding, Kassierer.

An die Kollegen des Müßelkalkgebietes! Laut Beschluß der letzten Konferenz hat die Wahl zur Verwaltung stattgefunden und folgende Kollegen gewählt: Bruno Gemm, Vorsitzender, August Droll, Schriftführer, Johann Reich, Beisitzer, Michael Fröhlich und Bernhard Hennberger, Nebisoren. Leonh. Heizwolf, Georg Mehr, Georg Schulz, Johann Wepert, Adolf Weis, als Lohnkommission. Die Gewählten versprechen, ihre ganze Kraft einzusetzen zur wirtschaftlichen Besserung der Mitglieder. Sie hoffen aber auch, daß alle Kollegen mithelfen, dieses Ziel zu erreichen. Die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage erfordert von jedem einzelnen Kollegen tatkräftige Mitarbeit.

Die Bezirksverwaltung.

J. A. G. Gemmleppler.

Chemnitz. Der Steinmetz Franz Böhm wurde laut Statut wegen rückständigen Beiträgen gestrichen. Weiter wurde einstimmig beschloffen, Kollegen, die unter Tarif arbeiten, ebenso zu behandeln.

Bezirk Südwest-Sachsen. Um Porto bei den Einfindungen der Bezirksbeiträge zu sparen, habe ich jetzt ein Postcheckkonto. Die Zahlkarten mit Aufdruck werden den in Frage kommenden Zahlstellen zugestellt. Postcheckkonto Nr. 324 35 Postfachamt Leipzig. Wilhelm Bippel, Bezirksleiter.

Adressenänderungen.

3. Gau.
Drambach. Vorf.: Erwin Schwab, Högendorf b. Drambach.
Kass.: Paul Adler, Fabrikstraße.
Kindisch. Kass.: Richard Haufe, Elstra, Bischofswerdaer Str. 52.
5. Gau.
Walheim. Kass.: Peter Wagemann, Friesenrath b. Walheim.
8. Gau.
Zeil. Vorf. und Bezirksleiter: Johann Leisentritt. Kass.: Konrad Gögner, S. 138.
9. Gau.
Sprendlingen (Rh.-Hess.). Vorf. u. Kass.: Heinrich Hermann, Mühlgasse 8.
Weitefeld (Post Daaden a. Lahn). Vorf.: Oskar Strunk. Kass.: Hermann Richter.

Anzeigen

Berlin.

Die Auszahlung der Unterstützung für Erwerbslose und Kranke zu Weihnachten findet Freitag, den 22. und Sonnabend, den 23. Dezember statt. Die Ortsverwaltung.

Einderung für Lungen- und Asthmalende (sowie Besserung der Lebensbedingungen dieser Krankheiten wie allgemeiner Kräftezerfall, Nachschweiß, Verschleimung der Alveolen) **O. H. E.-Tabletten.** Hersteller: **Oskar Heine, Ernst, Fabrik pharmazeutischer Präparate, Kempten (Allgäu).** Eine Kur erfordert je nach dem Erden 4 bis 6 Kartons. Originalverkaufspreis pro Karton 200 M. Diese Tabletten wurden von einigen Steinarbeitern auf ihre Wirkung erprobt und sehr warm empfohlen.

5 Stundenlohn-Spalter für harten Granit werden sofort für dauernd eingestalt. Unterkunft und Verpflegung vorhanden. Betriebsleitung Dreißkuhl, Hochwegen, Post Fürsteneck (Bayr. Wald).

Grabmal- und Kriegersteine Marmor- und Kriegersteine für Hand und Maschine, mit gezeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Sieben (Hessen), Eicher Straße 37. Moderne Schriften. Muster stets vorrätig. (Verbands-Nr. 61202.) **Marmor- und Kriegersteine** für Hand und Maschine, mit gezeichnet Franz Siegler, Bildhauer, Sieben (Hessen), Eicher Straße 37. Moderne Schriften. Muster stets vorrätig. (Verbands-Nr. 61202.)

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik einzuhandeln werden.)
In Geisingen (Einzelsahler) am 4. Dezember der Steinmetz **Lorenz Benkert**, 51 Jahre alt, Unfall.
In Mühlbach am 4. Dezember der Sandsteinmetz **Jakob Meyer**, 45 Jahre alt, Lungentuberkulose.
In Niederlamitz am 7. Dezember der Hilfsarbeiter **Andr. Wilhelm**, 60 Jahre alt, Kehltopfdruckindustrie.
In Eisenbühl am 11. Dezember der Brecher **C. Heimbücher**, 48 Jahre alt, Lungentuberkulose.
Ob ihrem Andenken!
Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Bindler, beide in Leipzig. Druck: Freie Presse G. m. b. H., Leipzig.